



**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

GEMEINWOHL – ZIEL DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Eine Erwiderung auf die Ideen
der Gemeinwohloökonomie

INHALT

AUSGANGSLAGE	3
WIRTSCHAFTSSYSTEMFRAGE	4
ANMASSUNG VON WISSEN	6
VERLUST DER FREIHEIT	7
SOCIAL CREDIT SYSTEM	8
GEMEINWOHL	9
MARKTWIRTSCHAFT	10
PROFITSTREBEN	11
WETTBEWERB	14
EIGENTUM	16
WACHSTUM	20
KEIN WERTE-WIDERSPRUCH	23
ORDNUNGSETHIK	24
DER WEG ZUR NACHHALTIGKEIT	26
ÖKOLOGIE	26
EXTERNALITÄTEN & INTERNALISIERUNG	27
MASSTAB DER EXTERNEN EFFEKTE	30
EFFIZIENZ	32
TECHNOLOGIEFEINDLICHKEIT	33
SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	35
SOLIDARITÄT	35
CHANCENGERECHTIGKEIT	36
SOZIALE UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG	36
UMVERTEILUNG	38
MENSCHENWÜRDE	41
FAIRER WELTHANDEL	42
PRODUKTIONSAKTOR ARBEIT	43
ETHISCHE KONTROLLFUNKTION FREIER MÄRKTE	44
TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG	45
FAZIT	46
LITERATURVERZEICHNIS	47

IMPRESSUM/KONTAKT

Der Text wurde von der Kommission Wirtschaftsethik von DIE FAMILIENUNTERNEHMER unter Vorsitz von Gerd Maas erarbeitet.
Berlin, August 2021

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin | Tel. 030 300 65-0
kontakt@familienunternehmer.eu | www.familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu

AUSGANGSLAGE

Wie begegnen wir am besten den aktuellen Herausforderungen der globalen Fairness und des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes? Müssen wir tatsächlich anders wirtschaften, wie es die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung, Attac, Fridays for Future und andere ökologische oder wachstumskritische Politikinitiativen und Parteien fordern? Oder sollten wir besser den eingeschlagenen Weg der Sozialen Marktwirtschaft konsequent zukunftsorientiert fortsetzen?

Materieller Wohlstand, Gesundheit und selbstbestimmtes Leben aller weltweit einerseits und Klimaschutz, Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden, Erhaltung der Biodiversität und sorgsame Nutzung der natürlichen Ressourcen andererseits sind zentrale ökonomische Herausforderungen, denen sich die Weltgesellschaft stellen muss. Das ist Konsens des globalen öffentlichen Bewusstseins.

Je mehr auf der Welt grundlegende Lebensbedürfnisse befriedigt werden – also Lebenswartung, BIP pro Kopf, Bildung, individuelle Freiheiten etc. allerorts stetig zu nehmen –, umso mehr rückt die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: die inter- und intragenerationell gerechte Wohlfahrt. Gerecht meint hier, nicht die Lasten eines Nutzens auf andere abzuwälzen: Lebe nicht auf Kosten anderer! Nimm nicht anderen hier und heute oder andernorts und morgen die eigene Chance auf Glück und Wohlstand!

So klar sich das als ethisches Prinzip formulieren lässt, so schwierig ist die angemessene Anwendung. Kosten und Lasten sind zum Beispiel nicht selten Investitionen und damit die Grundlagen für zukünftigen Nutzen. Ressourcen, die von den einen verbraucht werden, schaffen gegebenenfalls die Ausgangsbasis für künftigen Nutzen anderer. Mit Emissionen heute werden Entwicklungen vorangetrieben, die morgen Umweltbelastungen vermeiden.

Diese Komplexität erschwert die Beurteilung von Wirtschaftssystemen und deren politischen Rahmenbedingungen in Bezug auf ihre Nachhaltigkeit. Allerdings können

wir bei der herrschenden Marktwirtschaft inzwischen auf viele Erfahrungen zu den Wirkmechanismen und ihren Erfolgen zurückgreifen. An diesen lassen sich dann bis zu einem gewissen Grad auch die vorgeschlagenen Systemalternativen beurteilen. Dabei ist festzustellen, dass man zwar heutzutage gerne über Systemwechsel diskutieren möchte, als Gesamtsystem aber gar kein alternatives Konzept vorliegt, das auch nur halbwegs tiefgehend modelliert wäre. Dass andere Wirtschaftssysteme zu besseren Ergebnissen führen würden, wird stets nur aus der Kritik bestehender Systemkomponenten behauptet, ohne dass für Alternativansätze fundierte Folgenabschätzungen vorgenommen worden wären. Aber auch Einzelkritik ist natürlich ernst zu nehmen, nicht zuletzt weil sie mit wachsendem politischem und medialem Gewicht unterlegt ist.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind der Überzeugung, dass die globale wirtschaftliche Entwicklung die Gefahr einer unwiderruflichen Überlastung der Tragfähigkeit unseres Lebensraums – Umwelt genauso wie die menschliche Gemeinschaft – birgt. Eben dieses Bewusstsein erfordert eine eingehende und verantwortungsvollen Befassung, denn falsche politische Schlussfolgerungen können leicht einen point of no return besiegeln. Die inzwischen viel beschworene Gefahr eines »Kipppunktes« darf aber keineswegs dazu verleiten, pauschal einem (totalen) Umbruch das Wort zu reden. Evolution geht fraglos langsamer als Revolution, ist aber nichtsdestoweniger ein äußerst erfolgreiches Verfahren zur Anpassung an Umweltgegebenheiten. Andererseits frisst die Revolution gerne einmal ihre Kinder.

Die Volten der menschlichen Geschichte zeigen, dass Überleben vor allem die »Fähigkeit zur Anpassung an das Unvorhersehbare« (Friedrich A. von Hayek) bedeutet. Heute würde man wohl von »Resilienz« sprechen. Nachhaltigkeit ist dementsprechend die ergebnisoffene Behauptungsfähigkeit des Menschen in seiner Umwelt. Die größte Gefahr von Kipppunkten ist daher nicht die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens, sondern unsere Hilflosigkeit, angemessen auf sie zu reagieren.

WIRTSCHAFTSSYSTEMFRAGE

So weitgehend der Konsens in der Definition der Herausforderungen ist, so groß sind aber auch die Differenzen zwischen verschiedenen Grundhaltungen der Ethik sowie zur Steuerung von Gesellschaft und Wirtschaft, um diesen Herausforderungen beizukommen. Eben dieses Spannungsfeld spiegelt z. B. auch der Wirtschaftsteil des aktuellen Grundsatzprogramms von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Dezember 2020 wider. Überschriften sind das zweite Kapitel mit »In die Zukunft wirtschaften. Sozial-ökologische Marktwirtschaft«, doch schon im ersten Absatz, vierter Satz wird im Kontrast zum herrschenden Status-quo gefordert: »Dazu ist es notwendig, grundlegend anders zu wirtschaften«. Das spannt den Diskussionsraum um das richtige System auf: von einer bereits gegebenen Zukunftsträchtigkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft über noch notwendige ökologische Anpassungen der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis zu komplett »anders wirtschaften«.

Während die Grünen scheinbar noch darum ringen, wie wir am besten wirtschaften sollten, spalten sich mit der Partei »Klimaliste Deutschland«, getragen von der Fridays-for-Future-Bewegung u.a., erhebliche politische Kräfte ab und setzen sich ausdrücklich für »alternative Wirtschaftsmodelle« ein, die »häufig nicht oder nicht in erster Linie profitorientiert [sind], wie zum Beispiel Genossenschaften, Commons und weitere Arten solidarischen Wirtschaftens«. »Wirtschaftswachstum spielt darin keine tragende Rolle mehr.« (Grundsatzprogramm der Klimaliste Baden-Württemberg vom 20.09.2020). Nach deren Meinung soll unsere Zukunft in erster Linie ohne Marktwirtschaft gestaltet werden.

Tatsächlich haben sich aber auch Bündnis 90/Die Grünen längst selbst schon sehr weit von der Marktwirtschaft, so wie wir sie kennen, abgewendet. Die finanzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Lisa Paus, spricht in einem Kommentar zum Grundsatzprogramm für den Tagesspiegel (20.12.2020) von einem »neuen Weg des Wirtschaftens« als eine Art neuer dritter Weg zwischen dem »ungeregelten Kapitalismus« – den es in Wirklichkeit nirgends gibt – und einem »autoritären Staatskapitalismus« und fordert ein »klares Bekenntnis zum „Primat des Politischen“«. Irgendwie soll es schon noch Märkte geben, aber nicht als »alleiniges Organisationsprinzip« – auch das ist tatsächlich nirgends der

Fall – und irgendwie transformiert und auch mit mehr Wirtschaft »jenseits des Marktes«, vor allem aber sollen Privatinitiativen und Renditen begrenzt werden (weil Paus, wiederum postfaktisch, davon ausgeht, dass im Mittelpunkt der Wirtschaft derzeit »maximale Gewinne um jeden Preis« stehen).

Die Nennung von Marktwirtschaft in der Überschrift des Grundsatzprogramms von Bündnis 90/Die Grünen kann auch bei vielen Ausführungen darunter nur als Etikettenschwindel verstanden werden. So »dürfen Unternehmer*innen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu entscheiden«. Nicht mehr an Kosten und Leistung also sollen wirtschaftliche Aktivitäten gemessen werden, sondern an etwas wie gesamtgesellschaftlichem Wohlstand, mit »verbindlichen Indikatoren, die im Kontext einer am Gemeinwohl orientierten Bilanzierung die sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen messen«.

Ohne explizite Nennung wird hier sehr eindeutig zum ersten Mal in Deutschland der 2010 vom österreichischen Autor, Mitbegründer von Attac, Tanzperformer und politischen Aktivisten Christian Felber initiierten Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) parteiprogrammatisch Geltung verschafft. Im ausdrücklichen Kontrast zur kapitalistischen Marktwirtschaft will diese Initiative weltweit eine neue Wirtschaftsordnung etablieren, die Akteure belohnt, die sich »umfassend ethisch verhalten«.

Adam Smiths unsichtbare Hand des Marktes soll durch eine »sichtbare Hand« ersetzt werden, die in einer sogenannten »Gemeinwohl-Bilanz« der Unternehmen zum Ausdruck kommt. Während in der Marktwirtschaft ausdrücklich der Eigennutz der Wirtschaftsakteure und nicht deren Wohlwollen der Motor für den Wohlstand der Nationen sein soll, will die Gemeinwohl-Ökonomie just die »Eigennutzenmaximierung« durch Gemeinwohlorientierung ersetzen. Mit einem Punktesystem soll in der Gemeinwohl-Bilanz das global ausgerichtete gute Wollen der Unternehmen gemessen werden. Im ersten Schritt lassen sich damit intern Aspekte der Compliance und Corporate Social Responsibility koordinieren und es können Argumente für die Unternehmenskommunikation generiert werden – die Selbstdarstellung als gemeinwohlorientierter Betrieb.

Die entscheidende Weichenstellung, um daraus ein neues Gemeinwohl-Wirtschaftssystem entstehen zu lassen, ist dann aber, dass die Bewertungen der Gemeinwohl-Bilanz entscheidend gemacht werden sollen, etwa für die Höhe der Steuern, den Zugang zu öffentlichen Geldern, Ausschreibungen oder Förderungen. Die endgültige Gemeinwohl-Ökonomie soll dann ohne Wettbewerb funktionieren. Wirtschaft würde fürderhin allein auf Kooperation beruhen. Der Kapitalmarkt soll gleich ganz abgeschafft werden. Private Ziele der Wirtschaftsakteure werden überhaupt hin-fällig. Alles Wirtschaften soll damit politisch entscheidbar gemacht werden. Die im Kern des Systems werteneutrale Marktwirtschaft soll in der Gemeinwohl-Ökonomie durch ein ideologisches Zielsystem ersetzt werden. Ein Wirtschaftskonvent würde das übernehmen und definieren, wie und mit welchen Zielen zu wirtschaften ist. Die öffentliche Hand ist dann nicht mehr Regelsetzer und Schiedsrichter, sondern bestimmt die Spielstrategie – ein Paradigmenwechsel. Danach streben inzwischen immerhin rund 250 GWÖ-Regionalgruppen weltweit, mit Schwerpunkt Europa und Lateinamerika, um dieses neue »ethische

Wirtschaftsmodell« durchzusetzen. Deren Lobbyarbeit zeitigt erste Erfolge: Nach einer Initiativstellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union von 2016 »sollte das Gemeinwohl-Ökonomie-Modell sowohl in den europäischen als auch die einzelstaatlichen Rechtsrahmen integriert werden«. Als einzige fachliche Quelle wird dabei auf die Gemeinwohl-Ökonomie-Website verwiesen.

Tatsächlich bietet die GWÖ im Gegensatz zu vielen anderen, eher diffusen Forderungen nach »anders Wirtschaften« gewisse konkrete Anhaltspunkte, wenn auch ohne wirtschaftstheoretische Einordnungen und volkswirtschaftliche Folgenbetrachtungen. In der Methode der Gemeinwohl-Bilanzierung findet sich ein Ansatz, was Bündnis 90/Die Grünen und andere politische Bewegungen mit einem neuen Wirtschaftsmodell, das sich an verbindlichen Indikatoren für Gemeinwohl orientiert, meinen könnten. Die Kategorien der Gemeinwohl-Bilanzierung können dementsprechend als Prüfkriterien für die Zukunftsträchtigkeit solcher Ansätze im Vergleich zur Sozialen Marktwirtschaft dienen.

GEMEINWOHL-MATRIX 5.0

WERT	Menschenwürde	Solidarität und Gerechtigkeit	Ökologische Nachhaltigkeit	Transparenz und Mitentscheidung
BERÜHRUNGSGRUPPE				
A: Lieferant/innen	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: Eigentümer/innen und Finanzpartner/innen	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
C: Mitarbeitende	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: Kund/innen und Mitunternehmen	D1 Ethische Kund/innen-beziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund/innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: Gesellschaftliches Umfeld	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

ANMASSUNG VON WISSEN

Bevor wir uns die einzelnen Gemeinwohl-Kriterien im Detail anschauen, erscheinen ein paar grundsätzliche Gedanken in Bezug auf die tragenden Werte einer freiheitlich, demokratischen Gesellschaft erforderlich. Allen Ansätzen des »anders Wirtschaften« ist gemein, dass sie ein tiefes Wissen über ein »richtig Wirtschaften« vorgeben. Mit dieser Anmaßung von Wissen verbunden ist die Überzeugung, dass ein »ideales« Wirtschaftssystem mit Detailvorgaben für die einzelnen Transaktionen politisch konstruierbar wäre. Der spontanen Ordnung, die sich aus der Summe der vielzähligen, selbstbestimmten Entscheidungen freier Individuen bildet, wird ein politisches Intelligent Design entgegengestellt.

Die politische Ökonomin Maja Göpel setzt etwa in ihrem Bestseller »Unsere Welt neu denken« als Axiom für alle weiteren Überlegungen, »dass ein Weitermachen wie bisher nicht funktioniert«, und formuliert den herrschenden Fortschritt im bestehenden System als unvereinbar mit Zukunft. Im Wesentlichen werden Konsumverbote, Postwachstum und progressive Umverteilung als Gegenmodell formuliert, das induktiv bewiesen werden soll. Das ist allerdings wenig neu und dient vermutlich nur als Framing, um eine Konfrontation zwischen »Bewahrer*innen« (neu) und »Blockierer*innen« (alt) zu konstruieren. Eine Flexibilität, Wandelbarkeit und Anpassungsfähigkeit im bestehenden Systemansatz und Ordnungsrahmen wird damit einfach so und ex ante ausgeschlossen.

Um auf solchen Denkpfeilen das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, sollte man sich bewusst machen, was dahinter steckt, dass sich marktwirtschaftliche Strukturen überhaupt durchgesetzt haben. Adam Smith hat in seiner Begründung der arbeitsteiligen Marktwirtschaft daran erinnert, dass Menschen grundsätzlich nicht alleine überlebensfähig sind. Wir sind lebenslang auf Hilfe angewiesen. Wenn wir dabei nicht nur auf das Wohlwollen der nächsten Mitmenschen oder eines Gemeinwohl-Indikatoren-definierenden Staates angewiesen sein wollen – frei sein wollen –, dann entgelten wir empfangene Leistungen. Die simple Moral des Tausches – Leistung und Gegenleistung – aus der jeder seinen eigenen Nutzen zieht und gerade deswegen den anderen seine Hilfe anbietet, ist der Clou der evolutionären Emanzipation des Menschen. »Niemand möchte weitgehend vom Wohlwollen seiner Mitmenschen abhängen«, schreibt Smith.

Schon gar nicht möchte man als Bürger einer freiheitlichen Demokratie weitgehend vom Wohlwollen seiner Regierung abhängig sein. Das wäre eine Umkehrung der demokratischen Souveränität. Genau das droht aber unweigerlich zu passieren, wenn die in einem Wettbewerbsrahmen frei zustande kommende Bilanz von Leistung und Gegenleistung mit einer staatlich definierten Gemeinwohl-Bilanzierung ergänzt oder später sogar davon ersetzt wird. Erfolgreich ist dann, was dem definierten Gemeinwohl zugutekommt. Der Staat legt fest, nach welchen Kriterien richtige oder falsche Produkte, Produktionsweisen, Lieferketten etc. einzuteilen sind. Und er gewichtet, wie einzelne Beurteilungsperspektiven, sagen wir zum Beispiel Solidarität und Klimaschutz, unterschiedlich zu Buche schlagen.

Eine Gemeinwohl-Definition, die zu einem – wie auch immer gearteten – anderen Angebot führen soll, muss unweigerlich von den derzeitigen Nutzenpräferenzen der Bürger abweichen, kann also nur relativ undemokratisch durchgesetzt werden: Denn was die Bürger freiwillig wählen, zeigt sich in der Marktwirtschaft. Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich das von freien Bürgern im Rahmen des Möglichen Gewünschte. Etwas Anderes muss man gegen deren Willen erzwingen.

Genau das – die Bevormundung der Bürger im Detail, was zu produzieren und zu konsumieren ist und wie pluralistische Präferenzen durch einen Einheitsbrei ersetzt werden – nennt man üblicherweise Planwirtschaft. Die wiederum konnte bisher keinen praktischen Beweis erbringen, soziale oder ökologische Herausforderungen besser bewältigen zu können. Im Gegenteil. Die Wiedervereinigung mit der DDR war etwa der bisher effektivste Beitrag zum Umweltschutz in der deutschen Geschichte. Aber selbst wenn es irgendwie funktionieren würde, muss ein solcher Prozess der Gemeinwohl-Orientierung unweigerlich mit dem Verlust demokratischer Freiheiten einhergehen. Mehr und mehr fehlt dann die breite Interessensvertretung als korrektiv der hauptamtlich politischen Willensbildung. Die staatliche Wissensanmaßung über das richtige Gemeinwohl wird absolut. Es ist aber zu fürchten, dass die Staatsführung mit ihrem Wissen nicht immer richtig liegt und – wie alle absolute Macht – auch eher früher als später korrumpiert wird.

Das Recht, dass sich Angebot und Nachfrage in einem Ordnungsrahmen frei finden dürfen, ist eng verknüpft mit der demokratischen Organisation eines Gemeinwesens, und beides bedingt sich gegenseitig. Wenn man in das Marktgeschehen über die Wirtschaftsordnung hinaus eingreifen will, gefährdet man unmittelbar das auf individueller Freiheit beruhende Wertesystem.

Viele Verfechter eines grundsätzlichen Wirtschaftswandels betonen gleichzeitig in besonderem Maße die individuelle Vielfalt. Die mit zivilem Ungehorsam agitierende Klimaschutz-Organisation Extinction Rebellion stellt in Punkt 6 ihrer Werte und Prinzipien fest. »Wir erkennen dabei an, dass der Versuch, unsere Bewegung möglichst inklusiv und divers zu gestalten auch bedeutet, dass wir einen Umgang mit unterschiedlichen Verhaltensnormen finden müssen. Wir erkennen ebenfalls an, dass wir kom-

plexe Wesen sind und zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen viele unterschiedliche Seiten von uns zeigen.« Gleichzeitig verlangen die Aktivisten in ihrer zweiten Forderung »Handelt jetzt!«, dass die freien Nachfrage- und Angebotsentscheidungen von Konsumenten und Unternehmen durch Entscheidungen einer nebulösen »Zivilgesellschaft« ersetzt werden müssen. »Anstatt neuen Produkten nachzulaufen, haben wir Zeit für Sinnstiftendes, für Beziehungen, für Kultur, für Natur und für uns selbst.« Das ist paradox. Diversität des Lebens und Konformität eines quasi volksdiktatorisch vorgeschriebenen Konsumverzichts sind unvereinbar.

Das offenbart, was letztlich tatsächlich dahinter steckt: Die Idee einer Minderheit, die dafür keine Mehrheiten gewinnt und demokratisch keine Legitimation findet, soll erzwungen werden.

VERLUST DER FREIHEIT

Ein solcher Prozess birgt ganz erheblich die Gefahr einer sich selbst ernennenden sozial-ökologischen Epistokratie, eine Herrschaft der Nachhaltigkeitsbesserwisser. Dabei würden wir unser mühsam über Jahrhunderte errungenes Menschenbild auf die Zeit vor der Aufklärung zurückdrehen und die Bürger erneut zu unmündigen Untertanen degradieren. Viele Umweltaktivisten würden das wohl als vom Zweck geheiligtes Mittel nachgerade befürworten. Das ist aber ein Weg der sich mittelfristig der eigenen Voraussetzungen beraubt.

Unser Menschenbild seit der Aufklärung ist geprägt von einem doppelten Freiheitsverständnis. Einerseits die negative Freiheit als Menschenrecht der Zwanglosigkeit – ein möglichst großer Freiraum für jeden einzelnen. Andererseits die positive Freiheit als Verpflichtung des Gemeinwesens, alle Bürger möglichst gut zur Selbstbestimmung zu befähigen – die Chance im gegebenen Freiraum einen eigenen Lebensweg wagen zu können.

Genau dieser, wie Immanuel Kant es nannte, »Ausgang der Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit« war der ausschlaggebende Wendepunkt in unserer Geschichte mit einer unvergleichlichen Explosion von Gemeinwohl steigernden Errungenschaften in Naturwissenschaft, Medizin, Technik, Wirtschaft, Kultur und Staatskunst. Ohne dieses Freiheitsverständnis hätten wir – weltweit – den heutigen Wohlstand nie erreichen können.

Wenn wir nun zu einer Vorstellung zurückkehren, dass die Menschen auf einen »richtigen« Weg geführt werden müssen, verabschieden wir uns auch von den erfolgreichen Institutionen sowohl der negativen als auch der positiven Freiheit. Wir zwingen ein vorgeblich richtiges Verhalten auf und erziehen zu Regelbefolgern. Selbstdenken ist dann kontraproduktiv und entsprechend wenig erwünscht. Damit fehlt aber die kritische Masse für ausreichend neue Ideen, Subsidiarität und vernünftige Eigen- und Mitverantwortung in der politischen Meinungsbildung

und in unvermeidbar regellosen Randbereichen. Der Erfolg von Demokratie baut auf Pluralismus, Kompromissen und Versuch und Irrtum. Man weiß vorher nie, was hinten raus kommt, und es ist im Einzelfall irgendwie nie perfekt, aber insgesamt entwickeln sich die Gesellschaften der individuellen Freiheit mit überragendem Erfolg. Ohne die Errungenschaften der freien Welt hätten auch totalitäre Systeme wie China oder Russland ihren Weg eines gelenkten Kollektivismus unter Nutzung einzelner Elemente von Marktwirtschaft nicht einschlagen können. Wir wären alle in einer komplett sozialistischen Mangelbewirtschaftung verfangen geblieben.

Freiheit in der Gesellschaft und wirtschaftliche Freiheit lassen sich auf längere Sicht nicht trennen, dafür ist Wirtschaft viel zu sehr integraler Bestandteil fast aller Lebensbereiche. Staatliche Festlegungen, was im Detail gutes oder schlechtes Produzieren oder Konsumieren ist, greifen daher tief in die gesamte gesellschaftliche Freiheit ein. Deswegen müssen die Argumente doppelt gut sein, wenn man die in einem Ordnungsrahmen freiheitlich funktionierende Marktwirtschaft über Bord werfen wollte.

SOCIAL CREDIT SYSTEM

Andernorts hat man das bereits vollzogen. Neben der zentral gesteuerten Marktwirtschaft steht der Volksrepublik China mit ihrem sog. »Social Credit System« bereits ein umfassendes Gemeinwohl-Bilanzierungs-System zur Verfügung. Unabhängig vom Markt und individueller Nutzenstiftung aus Leistung und Gegenleistungen können alle Wirtschaftsaktivitäten beurteilt werden. Wer nach den staatlichen Vorstellungen auf irgendeinem Felde falsch handelt – also z. B. auch falsch konsumiert oder produziert – wird sanktioniert und muss mit Einschränkungen zum Beispiel bei der Ausbildung, der Berufswahl oder der Freizügigkeit rechnen.

belegt, der den Akteuren zugeschrieben wird. Abgesehen von den Schwierigkeiten in letzter Konsequenz richtige nachhaltige Gemeinwohl-Kriterien zu finden und dafür Maßstäbe festzulegen, ist eines sicher: Aus so einer Vorgehensweise resultiert eine Herde Pawlowscher Hunde und keine Gemeinschaft souveräner Menschen.

Der Bevormundungsphantasie sind ab da keine Grenzen gesetzt. Insbesondere jede wirtschaftliche Aktion ist durch die notwendigen Transaktionen transparent und kann entsprechend jederzeit herangezogen werden, um die staatliche Punktevergabe für die öffentliche soziale Reputation zu triggern. Ein ideales System, wenn man glaubt zu wissen, was für die Menschen das Beste ist. Jede wirtschaftliche Transaktion oder zumindest jede maßgebliche wird mit einem Nachhaltigkeitspunktwert

GEMEINWOHL

Es ist nicht nur zu bezweifeln, dass sich mit derart konditionierten Bürgern langfristig Zukunft schaffen lässt, man sieht gerade am Beispiel des Gemeinwohl-Social-Credit-Systems in chinesischer Ausprägung auch die Schwierigkeit, überhaupt zu bestimmen, was Gemeinwohl eigentlich ist. Selbst wenn es nachhaltig materiellen Wohlstand sichert, wer wollte freiwillig in derart durchgreifender Fremdbestimmtheit der schönen neuen Social-Credit-Welt leben? In einer liberalen Gesellschaft delegiert der Bürger seine Glücksstreben nicht an den Staat. Jeder soll nach seiner Fassung glücklich werden dürfen. Dazu muss er sich in einen gemeinschaftlichen demokratischen Rahmen ein-, aber nicht einem Staatsglücksziel unterordnen. Beim viel zitierten »Gross National Happiness«, dem Bruttonationalglück von Bhutan, wird gerne vergessen, dass das Land nach wie vor eine autoritäre Monarchie ist und im Ungleichheitsbereinigten UN-Index der menschlichen Entwicklung auch noch nicht weiter als Bangladesch gekommen ist. In Bhutan wird das Glück mit ziemlich wenig Erfolg befohlen.

Auf ein paar grobe allgemeine Parameter zur Definition von Gemeinwohl, wie Konsummöglichkeiten, Gesundheit, Bildung, gesellschaftliche und vielleicht auch politische Teilhabe sowie eine gewisse Rechtstaatlichkeit und individuelle Freiheitsrechte, wird man sich wahrscheinlich noch halbwegs gut einigen können. Darüber hinaus wird es schnell komplex. Die Vereinten Nationen haben mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) 2015 einen Satz von stolzen immerhin 231 Indikatoren entwickelt, der die Gemeinwohl-Entwicklung der Welt abbilden soll.

231 Einzelziele zu verfolgen, das erscheint ambitioniert, aber schon noch irgendwie machbar. Und es geht ja schließlich um nicht weniger als die Zukunft unserer Welt. Nur hilft es ja nicht, die 231 Indikatoren einfach im Auge zu behalten. Wenn man Veränderungen planen wollte, muss man vor allem auch die Beziehungen zwischen den Indikatoren und deren Wechselwirkungen untereinander in der Sache und in Raum und Zeit beachten. Ein im wahren Sinne des Wortes endloser Planungshorizont.

Dazu kommen noch so wenig triviale Fragen, wie man ein Ziel praktikabel machen soll. Nehmen wir als Beispiel

SDG 7 »Bezahlbare und saubere Energie«: Müssen wir dazu unseren Energieverbrauch wirklich senken (Agenda 2030 in Deutschland)? Oder ist das nicht eigentlich nur eine Frage der klima- und umweltverträglichen Energieproduktion? Vermutlich eine Mixtur, aber in welchem Verhältnis, weil mit Energie ja Wirtschaft betrieben wird, die Gewinne schafft, die direkt oder als Steuern Forschung und Entwicklung ermöglichen? Wie viel dreckige Energie können wir einsetzen, um zum sauberen Ziel zu kommen?

Das macht deutlich: Die Komplexität eines globalen Gemeinwohls lässt sich vielleicht halbwegs in ihrem Fortschritt verfolgen, aber Gemeinwohl ist nicht einfach plan- und produzierbar. Das heißt nicht, dass die SDGs der UN nicht wichtig sind. Als Warnsignal für Fehlentwicklungen und vor allem zur Bewusstmachung der Komplexität globaler gesellschaftlicher Wohlfahrt und unser aller Abhängigkeit davon sind das Meilensteine der Weltpolitik – selbst wenn gegebenenfalls auf dem Papier mehr steht, als bei dem einen oder anderen UN-Mitglied tatsächlich gelebt wird.

Die »Sustainable Development Goals« lenken also den politischen Blick in die richtige Richtung, aber der Versuch unmittelbar daraus konkrete Wirtschaftsziele ableiten zu wollen, ist bisher kaum überzeugend gelungen. Und er wird auch nicht gelingen. Die Sustainable Development Goals sind Indikatoren, mit denen versucht wird, den Erfolg der globalen Wirtschaftspolitik in seiner gesamten hochkomplexen Wechselwirkung zu messen. Eine Gemeinwohl-Ökonomie ist keine neue Ökonomie, es wird allenfalls der Sinn und Zweck des Wirtschaftens etwas ganzheitlicher betrachtet.

» Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.«

FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK

Freiburger Studien, 1969

MARKTWIRTSCHAFT

Es war allerdings schon immer Sinn und Zweck allen Wirtschaftens, Nutzen und damit Wohlstand zu erzeugen. Als evolutionär soziales Wesen war auch immer alles Wirtschaften auf ein Wohl über das jeweils handelnde Individuum hinaus gerichtet, auf Gemeinwohl. Xenophons »Oikonomikos« handelte knapp 400 Jahre vor Christus von der guten Haushaltsführung, vom guten Wirtschaften, damit es allen in der Familie und auf dem Hof gut geht. Ökonomie ist der Begriff für die Kunst, Gemeinwohl zu erzeugen. Die Beachtung von Wechselwirkungen des Wirtschaftens mit der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt gehört dabei von jeher zum Wesenskern des Begriffs. Spätestens seit Adam Smith mit »Der Wohlstand der Nationen« im 18. Jahrhundert die neuzeitliche Volkswirtschaft begründete und auch der heutigen Sozialen Marktwirtschaft den Weg bereitete, ist Gemeinwohl-Ökonomie ein Pleonasmus, eine Wortaufblähung ohne Sinnzuwachs.

Die unsichtbare Hand des Marktes ist die Befreiung des Wirtschaftens sowohl von kleinen selbstversorgenden Wirtschaftskreisläufen als auch von willkürlichen Planungen der Obrigkeit. Mit Smith ist alles Wirtschaften immer auf das Wohl aller Beteiligten gerichtet. **Gemeinwohl ist der Zweck der Marktwirtschaft. Mit überragendem Erfolg.**

Unter www.gapminder.org/tools/ kann man diese weltweite Erfolgsgeschichte von 1800 bis heute Revue passieren lassen. Die animierten Bubble-Charts der von Hans Rosling – ein schwedischer Professor für internationale Gesundheit, der lebenslang für Hilfsorganisationen tätig gewesen ist – gegründeten Gapminder-Stiftung zeigen die globale Gemeinwohl-Entwicklung in den unter-

schiedlichsten Facetten. In der Ausgangsvariante wird in einem Koordinatensystem auf der Ordinate die durchschnittliche Lebenserwartung abgebildet und auf der Abszisse das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukte pro Kopf. Blasen stellen die Länder der Welt dar – ihre Farbe den Kontinent, der Durchmesser die Bevölkerungsgröße. Lässt man die Entwicklung von 1800 bis heute ablaufen, sieht man, wie bis nach dem zweiten Weltkrieg mehr oder weniger die ganze Welt links unten verharrt – mit geringer Lebenserwartung und geringem Volkseinkommen – und sich dann fast alle auf den Weg nach rechts oben machen, während zugleich die Bevölkerung enorm wächst. Eine eindrucksvolle Veranschaulichung der marktwirtschaftlichen Gemeinwohlwirkung, die eigentlich Pflichtprogramm im schulischen Kanon sein müsste.

In erster Linie sind es zwei Wirkmechanismen, die seit Smith und nach den Weltkriegen den Wohlstand in der Welt explodieren ließen:

- der Wettbewerb der Ideen
- der Anreiz zur Effizienz

Als systematische Grundpfeiler dahinter stehen ebenfalls nur zwei Regeln:

- der freie Markzugang für alle Interessenten
- die freie Preisbildung zwischen Anbietern und Nachfragern, so dass Preise Präferenzen und Knappheiten ausdrücken und damit einen universellen Maßstab für Nutzen darstellen (die Lösung der Frage nach der nutzungsgerechten Allokation der knappen Ressourcen und der präferenzgerechten Distribution knapper Güter, um gleichzeitig besten Nutzen zu stiften und möglichst wenig zu verschwenden)

DIE GLOBALE GEMEINWOHL-ENTWICKLUNG

	1800	2015
Weltbevölkerung	1 Mrd. Menschen	7,35 Mrd. Menschen
durchschnittliche Lebenserwartung weltweit	30–35 Jahre	über 70 Jahre
BIP pro Kopf p.a., kaufkraftbereinigt	Deutschland: 1.640 \$	Bangladesch: 3.130 \$

Wenn Staaten heute auf dem Wohlstandsweg noch zurückbleiben, liegt das in der Regel nicht an zu viel, sondern zu wenig Marktwirtschaft. Etwa in Planwirtschaften (z. B. Venezuela), bei korrupten Regierungen oder wenn internationale Machtpositionen für Wettbewerbsverzerrungen missbraucht werden (z. B. durch den Export hoch subventionierter EU-Agrarüberschüsse). Ebenfalls gegen die natürliche Gemeinwohl-Justierung des Marktes durch Wettbewerb wirkt die Versuchung globaler Konzerne, sich mit der Ausnutzung internationaler Rechts- und Bildungs-Freiräume Vorteile zu verschaffen. Auch bei der teilweise vollständigen Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft fehlt jeder Zusammenhang zu den ethischen Grundideen der Marktwirtschaft. »Kasinokapitalismus« hat das Hans-Werner Sinn 2009 genannt und beschrieben, wie das Finanzsystem zur »Spielwiese von Glücksrittern« wurde. Auch heute liegt da noch einiges im Argen. Umso erstaunlicher, wie sich trotz so gewaltiger Hindernisse der marktwirtschaftliche Wohlstandsweg weltweit entwickelt.

Wirtschaft unterliegt dem politischen Ordnungsanspruch einer Gesellschaft. Jedes Ordnungssystem von etwas Lebendigem ist dabei natürlich immer mit Defiziten behaftet, muss also stets hinterfragt und gewandelt werden.

Mit der Entwicklung der Marktwirtschaft vom Laissez-faire zur Sozialen Marktwirtschaft wurde eben diese Wandlungsfähigkeit gesellschaftspolitisch implementiert. In der Sozialen Marktwirtschaft wird der Wirtschaftsordnungsrahmen demokratisch diskutiert und justiert. Der Marktmechanismus an sich ist aber über die Freiheitsgrundrechte zumindest in Deutschland verfassungsmäßig geschützt, eben weil den Verfassungsvätern der langfristige Wohlfahrtseffekt frei wirtschaftender Bürger klar vor Augen stand.

Marktmechanismus heißt, dass der Bürger selbst entscheidet, was ihm Nutzen stiftet. **Der Staat legt keinen Nutzen fest und auch nicht das Verfahren, wie ein Nutzen geschaffen werden soll, sondern zieht allenfalls Grenzen, wie weit ein Nutzen zu Lasten anderer Nutzen gehen darf.** In einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft minimiert der Staat seine dirigistischen Eingriffe, was die Bürger im Detail zu tun und zu lassen haben. Der Staat bestimmt den Rahmen, nicht den Weg und erst Recht nicht das Ergebnis. Marktwirtschaft und Ordnungspolitik ermöglichen einzigartig die Gleichzeitigkeit von großer individueller Freiheit und einem auf das Gemeinwohl orientierten starken Staat.

PROFITSTREBEN

Die Verteufelung des Nutzenstrebens in Form der unternehmerischen Gewinnerzielungsabsicht in vielen aktuellen wirtschaftskritischen Ansätzen ist dementsprechend mehr als verwunderlich. Bündnis 90/Die Grünen sprechen, wie bereits zitiert, davon dass »Unternehmer*innen [...] gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu entscheiden«. Christian Felber bezeichnet in seinem Buch zur Gemeinwohl-Ökonomie »eine Wirtschaft, in der die Geldvermehrung zum Zweck wird, als „widernatürlich“« und muss bis auf Aristoteles zurückgreifen,

um einen prominenten Vordenker dafür zu finden, bei dem freilich noch wenig Ahnung von Marktwirtschaft angenommen werden muss.

» Wenn wir uns im Wettbewerb messen, dann doch nicht deshalb, um den anderen zu unterdrücken oder ihm gar zu schaden, sondern Wettbewerb hat ein sehr edles und soziales Ziel, nämlich der Menschheit im Ganzen, der Wohlfahrt und der Verbesserung der Lebensmöglichkeiten aller Menschen zu dienen.«

LUDWIG ERHARD

1962

Die Gemeinwohl-Ökonomie verkürzt den Gewinn auf den Selbstzweck des Unternehmers. Das ist ein zentrales Axiom ihrer Argumentation. Und natürlich will ein Unternehmer für sich selbst Nutzen aus seinem Engagement ziehen. Deswegen wird das auch gerne plakativ angeprangert: »Die machen das ja nur wegen des Gewinns«, ist in manchen Kreisen das allzeit parate abfällige Urteil für unternehmerische Initiativen. Mit einem Satz wird weggewischt, was alles mit diesem Selbstzweck unmittelbar verknüpft ist. **Wenn ein Unternehmen Gewinn macht, heißt das:**

- Das Unternehmen hat Produkte erstellt, die anderen Nutzen stiften.
- Dem Unternehmen ist es gelungen, einen Mehrwert zu schaffen: Der Umgang mit den verfügbaren Ressourcen war so effizient, dass die Zahlungsbereitschaft, die sich aus dem Produktnutzen ergibt, für die Endprodukte höher war, als für die Eingangsprodukte und Produktionsfaktoren Kosten entstanden sind, die sich aus dem Nutzen der Lieferanten und Faktoranbieter ergeben. Der Output-Nutzen ist größer als der Input-Nutzen.
- Die Faktoranbieter – Arbeitnehmer, Kapitalgeber und Verpächter – und die Lieferanten des Unternehmens und deren Lieferanten und Faktoranbieter usw. haben Einnahmen erzielt. Der Erfolg des Unternehmens lässt aus Erfahrung den Schluss zu, dass diese Einnahmequellen längerfristig gesichert sind.
- Das Unternehmen kann sich aus eigener Kraft weiterentwickeln, wenn es den Gewinn in Forschung und Investitionen steckt.
- Nur im Gewinnfall bestehen Potenziale für gemeinwohldienliche Investitionen in Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Unfallprävention, Work-Life-Balance etc. über staatliche Vorgaben hinaus. Auch für Spenden und Mäzenatentum ist Gewinn erforderlich.
- Der Gewinn ist die entscheidende Grundlage für die wesentliche staatliche Besteuerung. Einerseits als eigene Steuerbemessungsgrundlage und andererseits weil nur profitable Unternehmen langfristig Einkommen bei Lieferanten und Faktoranbietern erzeugen, die wiederum versteuert werden.

Richtig, eigener Profit und Selbstzweck ist der Ausgangspunkt des marktwirtschaftlichen Strebens, aber im Resultat gewinnt die Gemeinschaft. Man kann wie in der Gemeinwohl-Ökonomie ein Menschenbild beschwören, dass den Menschen Profitstreben nicht evolutionär als Leistungsanreiz in die Wiege gelegt wurde, sondern es ihnen sozial anezogen wäre. Da beißt sich nur die Katze in den Schwanz: Unser Sozialgefüge wird doch allein von unserer evolutionären Menschlichkeit geprägt. Da hilft es nichts, einen altruistischen Sinnstrebenden als Ideal zu entwerfen. Fakt bleibt, dass wir für Erfolge auch handfeste Belohnungen erwarten. Der eine mehr, der andere weniger, der eine eher einzelgängerisch, der andere als Teamplayer, der eine fokussiert auf die eigene kleine Welt, der andere mit offenem Herzen für seine ganze Umwelt, aber alle brauchen einen konkreten, messbaren, vergleichbaren und nutzenstiftenden Entgelt für ihre Leistungen, Verantwortungen, Risiken und Haftungen.

In Zusammenhang mit dem marktwirtschaftlichen Profitstreben wird von der Gemeinwohl-Ökonomie und anderen besonders auch der Shareholder-Value-Ansatz als nicht nachhaltiges Unternehmensführungs-Konzept angeprangert. Der Shareholder-Value-Ansatz stellt die Anteilseigner ins Zentrum der Managementbemühungen. Gewinn und daraus folgend Börsenwert sind die Beweggründe der Anteilseigner, um einer Aktiengesellschaft

» Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt von den neuen Konsumgütern, den neuen Produktions- und Transportmethoden, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft.«
Der marktwirtschaftliche Wettbewerb ist ein Prozess, »der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft. Dieser Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ ist das für den Kapitalismus wesentliche Faktum.«

JOSEF A. SCHUMPETER

Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 1947

eigenes Geld mit unmittelbarem Verlustrisiko zur Verfügung zu stellen. Da das Management mit fremden Geld ohne eigenes Risiko und mit sehr beschränkter Haftung wirtschaftet, muss man sie im Innenverhältnis ausdrücklich darauf verpflichten. Der Shareholder-Value-Ansatz ist damit erst einmal nichts anderes als die Übertragung des einzelunternehmerischen Gewinnstrebens auf Betriebe im Streubesitz.

Gewinn und Börsenwert sind Indikatoren für erfolgreiches Agieren am Markt. Das hat nichts mit Gewinn »um jeden Preis« zu tun und widerspricht auch nicht einer nachhaltigen Unternehmensführung zur langfristigen Gewinnsicherung. Die Entkopplung von Eigentum und Management bewirkt allerdings Informationsdefizite und wirft Haftungsfragen auf. Das kann tatsächlich eher die kurzfristige Gewinnmaximierung befördern. Es kommt leichter zu einem Denken des Managements in Quartalen während Eigentümer ihre Investitionen eher über Generationen profitabel zu halten bestrebt sind. Grundsätzlich kann das Management aber auch nur sehr begrenzt gegen breite Überzeugungen der Eigner agieren und muss in all seinen Außenbeziehungen mit Kunden, Lieferanten, Partnern, Standortträgern und -nachbarn, Banken und dem sonstigen Betriebsumfeld auf seine Reputation achten. Unternehmen sind in jeder Beziehung vom öffentlichen Meinungsbild abhängig und müssen stets mit direkten wirtschaftlichen Folgen von negativer Publicity rechnen.

Nicht vertieft, aber auch nicht unterschlagen werden soll an dieser Stelle, dass einzelne Anleger auf dem Kapitalmarkt spekulative Strategien verfolgen, die kurzfristige Gewinnmaximierungen befeuern und auf nachhaltige Geschäftsentwicklungen nur nachrangig Wert legen. Leerverkäufe, Hochfrequenzhandel, Geschäfte mit mehrfach verschachtelten Derivaten sind oft weit davon entfernt, noch irgendeinen Zusammenhang mit der realen Güterproduktion zu haben. Nicht selten ist es reines Kasino, bei dem hohe Gewinne mit hohen Risiken einhergehen, die aber mitunter völlig losgelöst von der Haftung sind. Das ist keine Soziale Marktwirtschaft.

Generell ist aber festzuhalten: Die Übertreibung eines Systems erfordert das Einhegen der Übertreibung und nicht ohne weiteres die Revision gleich des ganzen Systems. Der Shareholder-Value ist dementsprechend kein Teufelswerk, sondern die entscheidende Kopfkennzahl eines Unternehmens, denn letztlich ist nur ein profitabler Betrieb marktwirtschaftlich überlebensfähig und dementsprechend gemeinwohlförderlich.

Der aus der Kritik des Shareholder-Value entstandene Stakeholder-Ansatz dagegen, auf dem auch die Gemeinwohl-Ökonomie ideengeschichtlich fußt, ist bei näherer Betrachtung bedenklich. Das Stakeholder-Konzept fordert, dass alle Interessen der am Unternehmen Beteiligten im Extremfall gleichermaßen berücksichtigt werden. Unterstellt wird dabei, dass das unternehmerische Gewinnstreben nicht alle Interessensgruppen berücksichtigt. Statt Gewinnorientierung wird eine multidimensionale Zielfunktion gefordert, die alle irgendwie begründbaren Interessen umfasst, also die von Anteilseignern, Management, Arbeitnehmern, Partnern, Gläubigern, Zulieferern, Kunden, öffentliche Hand und eventuell auch Nachbarn, Verbänden und umwelt- und entwicklungspolitische Interessenvertretungen etc. Bekundete Interessenskonflikte müssten dann in Abstimmungsprozessen geschlichtet werden.

Das stellt dann leicht den ganzen Wirtschaftszusammenhang auf den Kopf. Anbieter und Kunden tauschen mit Angebot und Nachfrage Leistung und Gegenleistung aus – Umsatz/Gewinn gegen Nutzen. Alle anderen Interessen können nur bedient werden, wenn es zu diesem Prozess kommt, sind dem also unweigerlich untergeordnet. Das Endprodukt ist Zweck allen Wirtschaftens. Der Nutzen des Endproduktes ist der einzige Sinn allen Wirtschaftens. Vom Endkundengeschäft hängen alle Wirtschaftsaktivitäten ab, und die weiteren Interessen werden dann tiefergestaffelt entweder ebenfalls über Angebot und Nachfrage auf Zuliefer- oder Faktormärkten ausgeglichen oder über staatliche Umverteilung per Steuern und Abgabe. Damit sind auch ohne Stakeholder-Orientierung in jedem sozial-marktwirtschaftlichen Prozess alle Interessensgruppen im Wertschöpfungsprozess berücksichtigt und durch den Wettbewerb auf den Märkten fair, also nutzengerecht, entgolten. Der sozial-marktwirtschaftliche Wettbewerb an sich ist ein Stakeholder-Konzept.

WETTBEWERB

Mit der Kritik am Gewinnstreben geht naturgemäß die Ablehnung des Wettbewerbs als Leistungs- und Fortschrittsanreiz einher.

Bündnis 90/Die Grünen versuchen beide Kritiken allerdings im Grundsatzprogramm zu entkoppeln. Trotzdem sie Wirtschaft nicht allein marktwirtschaftlich organisieren wollen, gibt es klare Bekenntnisse, dass Wettbewerb ausdrücklich als »Mittel zur Erreichung von mehr Lebensqualität für alle« im Rahmen der »planetaren Grenzen« in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft anerkannt wird. Man hält fest, dass »freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation [...] nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt und innovative Problemlösungen schaffen« können.

Teile der Partei werden das aber sicher anders sehen und extremeren politischen Ökologie-Bewegungen zustimmen. So sucht zum Beispiel die Klimaliste Baden-Württemberg ausdrücklich »soziale, nachhaltige Alternativen zum Prinzip der wettbewerbsorientierten Leistungsgesellschaft«. Felber hält Wettbewerb in der Begründung der Gemeinwohl-Ökonomie grundsätzlich für »krank«: »Wenn wir uns auf das Wir-selbst-Sein konzentrieren würden anstatt auf das Besser-Sein, würde niemand Schaden nehmen, und es bräuchte keine VerliererInnen.« Man kann vermuten, dass er kein Fußball-Fan ist und als Kind nie Fangen gespielt hat.

Wie, wenn man nicht einen Gewinner und die Platzierungen feststellt, will man denn wissen, welche Leistung besser war. Und genau das ist die große ethische Frage: Was ist richtiges und falsches, das heißt schlechtes, gutes, besseres Handeln in unserem Leben? Dabei muss unweigerlich das Ergebnis des Handelns betrachtet werden, denn aus dem Handeln allein kann man die Wirkung nicht erkennen. »Unter all denen, die versuchen, den Mount Everest zu besteigen oder den Mond zu erreichen, ehren wir auch nicht die, welche die größten Anstrengungen unternommen haben, sondern diejenigen, welche als erste dorthin gelangt sind«, fasst das Friedrich A. von Hayek treffend zusammen.

Wettbewerb steckt uns in den Genen. Kein Wunder, nachdem der evolutionäre Prozess des ganzen Lebens Wettbewerb ist: »survival of the fittest«, wer sich besser an die Lebensumstände anpasst überlebt; eine harter, aber extrem erfolgreicher Auslesewettbewerb.

In der Gemeinwohl-Ökonomie wird Wettbewerb dem Wert des Vertrauens gegenübergestellt und ein Widerspruch konstruiert. Wenn man ständig befürchten müsse, auf dem Markt von anderen übervorteilt zu werden, resultiere daraus ständiges Misstrauen zwischen den Menschen. Vertrauen und Wettbewerb schließen sich aber in Wirklichkeit gar nicht aus.. Im Gegenteil: Der evolutionäre Vorteil des Menschen ist es, sich in sozialen Gefügen organisieren zu können. Die Fähigkeit der Kommunikation ermöglicht dabei in der Gruppe Bedürfnisse auszutauschen, so dass man sich gegenseitig helfen kann. Dabei ist nicht Vertrauen der Anreiz, sondern Eigennutz. Wenn ich anderen helfe, kann ich davon ausgehen, dass mir bei Bedarf auch geholfen wird, weil die anderen sich sicher sein wollen, dass ihnen gegebenenfalls auch geholfen wird. Vertrauen ist dann das Ergebnis, wenn dieser egoistische Altruismus in der Gruppe erfolgreich gestaltet wurde und deswegen auch ein Wert für sich. Never change a winning team.

Tatsächlich sind partnerschaftliche Unternehmensnetzwerke, Clusterorganisationen, Berufs- und Wirtschaftsverbände, Angebotskonsortien, Büro-, Werbe- und Arbeitsgemeinschaften und viele andere Kooperationsformen auch zwischen formellen Wettbewerbern gang und gäbe. Kaum eine Branche, in der sich das Gros der Anbieter nicht gegenseitig eher als Mitbewerber und Kollegen bezeichnet, denn als Konkurrent. Ein Ausdruck dessen, dass man sich zwar wohl bewusst ist, dass man um die gleiche Kundschaft wirbt, aber ebenso überzeugt ist, dass eben dieser Wettstreit mittelbar zu wachsendem Nutzen für alle führt.

Und selbst bei starker Konkurrenz gilt Vertrauen als ein Wert: Vertrauen z. B. auf die Fairness des Wettbewerbs. Das Vertrauen, dass sich alle im Bewusstsein der goldenen Regel – was du nicht willst, dass man dir tut, das füg auch keinen andern zu – an die Normen und ungeschriebenen Konventionen des Wettbewerbs halten: eingegangene Verpflichtungen einhalten, keinen Zwang ausüben, nicht betrügen, den anderen als Mensch respektieren, die eigenen Entscheidungen verantworten etc. Nachdem in einer komplexen Welt unmöglich alles geregelt werden kann, basiert jede Marktwirtschaft gerade wegen des Wettbewerbs auf einem ehernen Vertrauen in den fairen Umgang, der in seiner ganzen Tragweite bei uns bis heute mit dem als verbindlich angesehenen Handschlag

unter Geschäftsleuten zum Ausdruck kommt. Ein solches Vertrauen wird natürlich verschiedentlich auch wieder gebrochen, um andere zu übervorteilen. Die Wirkmechanismen der Marktwirtschaft jedoch sanktionieren unfaires Verhalten durch Misstrauen beziehungsweise Abbruch der Geschäftsbeziehungen, so dass der Vertrauensbruch nie langfristig erfolgreich ist und die Mehrheit der Marktteilnehmer das Risiko lieber gar nicht erst eingeht.

Denn der Wettbewerb sorgt automatisch für gegenseitige Kontrolle. Beschiss kommt auf den Tisch. Und kann im Informationszeitalter immer schwerer versteckt werden.

Eine weitere wesentliche gesellschaftliche Funktion nimmt der Wettbewerb als Machtbegrenzer ein. Eine erfolgreiche Produktidee ruft automatisch Konkurrenz auf den Plan und verhindert damit monopolistische Machtkonzentration, die selbst bei besten Absichten früher oder später zum Machtmissbrauch gegenüber den Verbrauchern verleiten würde. So ist der Wettbewerb seine eigene Wettbewerbskontrolle, die flankiert wird von den demokratischen Kartellrechten und -behörden, um im Einzelfall sich trotz Wettbewerb ergebende marktbeherrschende Stellungen wieder aufzubrechen. Der Schutz der Wettbewerbsordnung vor Partikularinteressen ist dementsprechend auch ein wesentlicher Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. »Dieses Berücksichtigen von Sonderinteressen, das Nachgeben gegenüber einzelnen Forderungen bestimmter Wirtschaftskreise verbietet sich auch wegen der Interdependenzen allen wirtschaftlichen Geschehens. Jede einzelne Maßnahme in der Volkswirtschaft hat Fernwirkungen auch in Bereichen, die von den Aktionen gar nicht betroffen werden sollen, ja, von denen niemand bei flüchtiger Beobachtung glauben möchte, dass sie von den Ausstrahlungen berührt werden«, beschreibt Ludwig Erhard 1957 im Kapitel »Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter« in »Wohlstand für alle« die Rolle des Wettbewerbshüters. Lobbyismus als Interessenvertretung war für Erhard essentieller demokratischer Usus, aber nicht die Bevorzugung einzelner Interessen von Wirtschafts- oder Branchenverbänden oder Großunternehmen. Subventionen, Sonderrechte oder Protektionismus schaden dem Wettbewerb und damit dem Gemeinwohl.

Die überragende Bedeutung, wie entscheidend Wettbewerb unser Dasein positiv bestimmt, erkennen wir über

die Frage, wie Wissen entsteht. Ausgangspunkt ist die Freiheit der Menschen, sich über unser Zusammenleben und die Befriedigung unserer Bedürfnisse mit unterschiedlichen Ansichten Gedanken machen zu können, um zu versuchen den Status-quo zu verbessern. Die Gesellschaft muss sich so organisieren, dass Besser-Machen-Wollen befördert und in keinem Fall verhindert wird. Versuch und Irrtum. **Das klingt für uns ganz selbstverständlich als Wissensentdeckungsverfahren, so dass wir die Axiome dahinter gar nicht mehr bemerken:**

- 1.) dass man die beste Lösung eines Problems nie kennt,
- 2.) dass man einen Anreiz hat, neue Lösungsversuche zu unternehmen, und
- 3.) dass es einen Maßstab gibt, was ein Irrtum ist und was nicht.

Es ist der freie Wettbewerb der Ideen, der den Irrtum offenbart, das heißt die schlechtere vorangehende Idee. Und es sind die marktwirtschaftlichen Prozesse, die einen besonderen Anreiz geben, alte Irrtümer zu überwinden, weil eben dieses Gewinn verspricht. Der Wettbewerb ist damit das ideale Verfahren, um Hemmnisse des Gemeinwohls zu überwinden, ohne dass der Staat Altruismus erzwingen muss.

Eindrucksvoll ist uns dieser Wirkmechanismus jüngst bei der Entwicklung des Sars-CoV2-Impfstoffs vor Augen geführt worden. Über 100 Firmen hatten sich seit Frühjahr 2020 aufgemacht, um möglichst schnell einen mög-

» In viel größerem Maß als bisher muss erkannt werden, dass unsere gegenwärtige Gesellschaft nicht in erster Linie das Ergebnis eines menschlichen Entwurfes ist, sondern aus einem wettbewerblichen Prozess hervorging, in dem sich die erfolgreicherer Einrichtungen durchsetzen. Kultur ist weder natürlich noch künstlich, weder genetisch übermittelt noch mit dem Verstand geplant. Sie ist eine Tradition erlernter Regeln des Verhaltens, die niemals erfunden worden sind, und deren Zweck das handelnde Individuum gewöhnlich nicht versteht.«

FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK

Die Anmaßung von Wissen, 1969

lichst wirkungsvollen Impfstoff gegen die grassierende Corona-Pandemie anbieten zu können. Für die hohen Investitionen in Forschung, Entwicklung und für das Zulassungsverfahren standen hohe Gewinne in Aussicht. Aber nur für wenige Anbieter und ihre Zulieferer, für die ersten und besten. Einzigartig schnell, in weniger als einem Jahr wurden so mehrere wirkungsvolle Impfstoffe unter Einhaltung aller Zulassungskriterien weltweit entwickelt sowie die Produktion und Distribution für die ganze Welt auf die Beine gestellt. Nach nicht einmal einem Jahr bietet die Industrie auch zahlreiche Corona-Tests und Schnelltest vom Mund- oder Nasenabstrich über Spucken oder Gurgeln bis zum Lolly-Antigentest. An diesen Beispielen wird anschaulich, wo das Gemeinwohl im Wettbewerb zu finden ist: beim Ergebnis.

Bürgerbefragungen zum Gemeinwohlbeitrag von Unternehmen, wie sie zum Beispiel in den Gemeinwohl-Atlanten des Wirtschaftspsychologie-Lehrstuhls der HHL Leipzig abgebildet werden, greifen daher unweigerlich zu kurz. Niemand kann von außen beurteilen, welche Ge-

meinwohl-Zukunftspotenziale gegebenenfalls verborgen sind. Fatal, wenn sich Politik auf solchen Momentaufnahmen der subjektiven Wahrnehmung gründen würde, die zudem da und dort dem viel basisdemokratischeren Indikator des schlichten Markterfolges widersprechen. Die als »GemeinwohlAtlas« veröffentlichten Gemeinwohlbeitrag-Reihungen sind daher nicht nur relativ aussagefrei, sondern politisch gefährlich, wenn sie als scheinbar wissenschaftliche Gewissheiten in Argumentationen eingehen.

Solche Ansätze verschleiern, wie Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, wie den Umwelt- und Klimaschutz, genutzt werden kann. Es muss nur einen Markt dafür geben. Wie solche Märkte geschaffen werden können, zeigt sich zum Beispiel beim CO₂-Emissionsrechte-Handel. Wettbewerb ist nicht nur kein Teil eines Problems unserer gesellschaftlichen Entwicklung, sondern im Gegenteil auch über das originäre Wirtschaften hinaus Teil der Lösung.

EIGENTUM

Privates Eigentum ist in der Gemeinwohl-Ökonomie schwer unter Beschuss. So werden etwa Begrenzungen von Unternehmensgrößen, des Privatvermögens und des Erbrechts gefordert. Allmende sollen vor individuellem Eigentum bevorzugt werden. Ungleichverteilung von Eigentum wird als »größte Gefahr für [die] Demokratie« verstanden.

Diese Kritik fordert auf zu untersuchen, wie wesentlich Privateigentum im wirtschaftlichen Prozess ist. Ganz grundsätzlich lässt sich ausschließlich über Privateigentum ein fairer Preis in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ermitteln. Generationen von Ethikern haben sich mit der Preisfindung herum geschlagen. Thomas von Aquin meinte: »Teurer verkaufen oder billiger einkaufen, als eine Sache wert ist, ist also an sich ungerecht und unerlaubt.« Klingt unmittelbar einleuchtet, funktioniert aber nur, wenn jemand einen Maßstab hat, was Sachen wert sind. Für

alle Sachen. Leider hat uns Thomas von Aquin keinen solchen globalen Wertekatalog hinterlassen (und auch später niemand).

Karl Marx und andere gingen von der Arbeitswerttheorie aus: Der Wert eines Gutes entspricht der eingesetzten Arbeit sowie den genutzten Produktionsmitteln und -materialien. Akzeptiert hat das im wirklichen Leben nie jemand. Ein Loch hat nicht automatisch einen Wert, nur weil jemand den ganzen Tag daran geschaufelt hat.

Der einzige sinnvolle Wert einer Sache oder einer Arbeit ist der damit gestiftete Nutzen. Bei der Aushandlung von, was gebe ich dir, was gibst du mir dafür, auf dem Markt ergibt sich ein Preis, der eben diesen Wert bestimmt. Und genau da kommt das Eigentum ins Spiel. Für den Verkäufer entspricht der Preis dem aus seiner Sicht angemessenen Entgelt für seinen Eigentums-

verzicht an der Ware. Für den Käufer entspricht der Preis des Gutes dem aus seiner Sicht angemessenen Verzicht an seinem Eigentum beziehungsweise seinem Einkommen.

Um im marktwirtschaftlichen Prozess aus Eigentum einen Vorteil über den Tauschwert hinaus zu erzielen, muss es produktiv eingesetzt werden. Dabei ist der Investor beziehungsweise Unternehmer unmittelbar und ausschließlich dem Nutzen seiner Produkte verpflichtet. Am Nutzen hängt die Zahlungsbereitschaft der Kunden und an ihm auch, ob sich eine Investition auszahlt oder nicht. Und darin muss er sich Tag für Tag aufs Neue bewähren. Andernfalls droht stets nicht nur der Verlust der Zahlungseingänge, sondern zuletzt auch des Eigentums. Wer an den Bedürfnissen vorbei produziert, macht Verlust und verliert irgendwann sein Eigentum.

Die Vererbbarkeit des Eigentums bildet einen starken Anreiz, es nicht zu verprassen. Die inhärente Verpflichtung, dass Produktionsmittel Nutzen schaffen müssen, wird dann über Generationen gedacht. Vererbbarkeit ist eine Institution der Nachhaltigkeit.

Zum Schaden des Gemeinwohls ist das nie. Betriebsvermögen ist exakt so viel wert, wie es der Gesellschaft nutzenbringende Produkte zu liefern vermag (und dabei abhängigen Beschäftigten Arbeit gibt und Steuern zahlt). Jede Vermögensbesteuerung von Betrieben ist damit stets auch unmittelbar gemeinwohlschädlich. So lange es sich um Betriebsvermögen handelt, ist auch eine Ungleichheit von Vermögensverteilung in einer Gesellschaft vollkommen irrelevant. Betriebsvermögen nutzt gleichermaßen der Gesellschaft und dem Eigentümer.

Investiertes Vermögen ist daher seinem Sinn nach auch für Gleichheitsüberlegungen nicht relevant. Investiertes Vermögen ist kein Nullsummenspiel. Das investierte Geld ist nicht einfach weg und fügt niemandem Verluste zu. Produktiv eingesetztes Eigentum schafft alle Grundlagen des Gemeinwohls: nutzenstiftende Produkte, Einkommen der Haushalte und Steuern. Und ganz im Sinne der Eigentumsverpflichtung unseres Grundgesetzes ist auch der überragende Teil der bestehenden Vermögen Betriebsvermögen oder Aktien und Unternehmensanleihen – also auch Betriebsvermögen – oder nicht selbst genutztes Immobilieneigentum. Mit wachsendem Vermögen

nimmt der Anteil des unmittelbaren Betriebsvermögen zu: Beim obersten Prozent der Vermögenden in Deutschland liegt der Anteil je nach Schätzung zwischen rund 56 und 65 Prozent (unmittelbar Betriebsvermögen, also ohne Aktien/Anleihen und verpachtete Immobilien). In der Marktwirtschaft machen Drachenhorte keinen Sinn, und deswegen gibt es sie auch nicht.

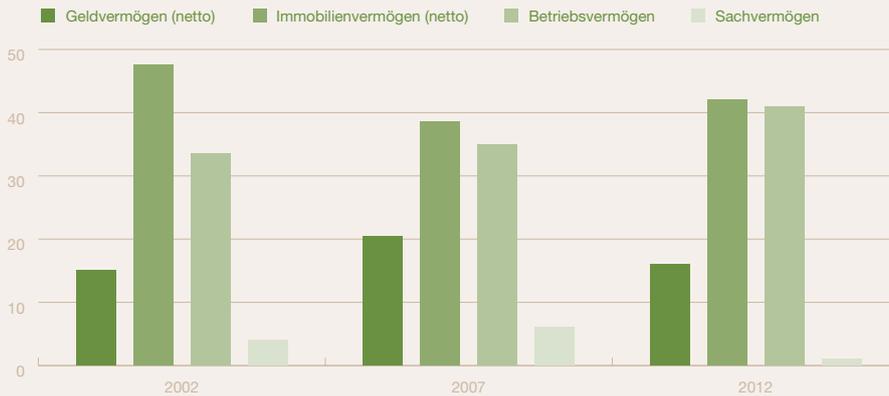
» In der geschlossenen Hauswirtschaft dient das Eigentum an den Produktionsmitteln nur dem Eigentümer. Nur der Eigentümer verzehrt die Früchte des Produktionsprozesses, für den sie verwendet wurden. Für alle übrigen Gesellschaftsmitglieder ist es so, als ob diese Produktionsmittel nicht auf der Welt wären. In der Marktwirtschaft ist das Eigentum an den Produktionsmitteln ein Werkzeug der gesellschaftlichen Produktion, die vom Markt, d. h. von der Gesamtheit der Bürger, abhängt und deren Früchte durch den Markt wieder allen Bürgern zuströmen. Eigentümer kann nur der werden und bleiben, der das Eigentum täglich durch Bewährung auf dem Markt neu erwirbt [...] In der Marktwirtschaft ist das Sonder Eigentum von jenem fernen Ursprung des Ureigentums losgelöst. Der Markt enteignet täglich den Eigentümer, der das Eigentum nicht in der – vom Standpunkt aller Marktparteien – zweckmäßigsten Weise für die Produktion zu nutzen weiß. In der Marktwirtschaft wird man Eigentümer, weil man erfolgreich für die Bedürfnisse der Mitmenschen zu sorgen weiß, und mit der Erwerbung von Eigentum übernimmt man die Verpflichtung, auch ferner besser für die Versorgung des Marktes zu wirken als andere. [...] Das Sondereigentum ist in der Marktwirtschaft kein Privileg, sondern eine gesellschaftliche Funktion.«

LUDWIG VON MISES

Nationalökonomie, 1940

RELATIVER EINFLUSS DER VERMÖGENSARTEN AUF DIE VERTEILUNG DES NETTOVERMÖGENS

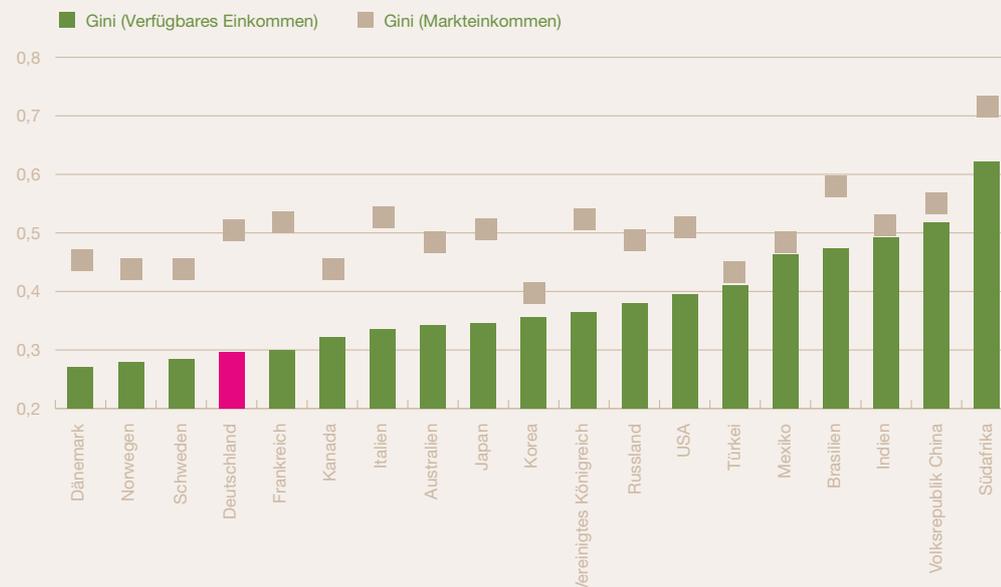
Die Balken addieren sich zu 100 Prozent in jedem Betrachtungsjahr.
Zum Geldvermögen zählen auch Aktien/Investmentanteile. (Werte in Prozent)



Quelle: vbw-Studie: Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur, 2017

GINI-KOEFFIZIENTEN DER MARKTEINKOMMEN VERSUS GINI-KOEFFIZIENTEN DER VERFÜGBAREN EINKOMMEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH, 2015

Gini-Koeffizient ist ein Ungleichheitsmaß von 0 bis 1; je näher an 0 umso gleicher die Verteilung. Das Markteinkommen sind die am Markt erwirtschafteten Brutto-Einnahmen – das verfügbare Einkommen ist nach staatlicher Umverteilung also zuzüglich Renten und Transfers und abzüglich Steuern und Abgaben.



Quelle: OECD | Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums Mai 2019

Was die proklamierte »Gefahr« von Ungleichheit in einer Gesellschaft betrifft, wäre hier ausschließlich die Einkommensverteilung relevant. Die birgt tatsächlich einige soziale Sprengkraft und war historisch immer wieder Ursache für revolutionäre Umstürze. Aber die Einkommen sind in Deutschland und ganz Europa nach staatlicher Umverteilung sehr wenig ungleich verteilt und wachsen

zudem real. Das unterstreicht, dass die Eigentümer ihr Eigentum gemeinwohldienlich einsetzen oder durch die Unternehmungen die notwendige Substanz für Umverteilungsinstrumente erwirtschaften. Da wo Soziale Marktwirtschaft herrscht, ist die Demokratie gesichert, nicht etwa umgekehrt.

REAL VERFÜGBARES EINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE

Zuwachs der real verfügbaren Haushaltseinkommen (das heißt inflationsbereinigt nach staatlicher Umverteilung) in Deutschland von Jahr zu Jahr fast immer positiv, in der EU größtenteils. (Veränderungen in Prozent zum Vorjahr)



Quelle: Eurostat

Das marktwirtschaftliche Eigentumskonzept steht dabei kooperativen Investitionsformen nicht im Wege. Wie Investoren untereinander die Risiko- und Renditeverteilung organisieren, ist ihre Privatsache. Über Genossenschaften lassen sich auch jetzt bereits Allmende – also von den Teilhabern gemeinschaftlich bewirtschaftetes Eigentum – mit vielen Beteiligten organisieren. Fakt ist, dass das in der Realität auch wieder wegen des Risikos der unternehmerischen Selbstständigkeit und oft schwierigen internen Abstimmungsprozessen außer bei Wohnungsbau-Genossenschaften und Genossenschaftsbanken sehr selten Anwendung findet. Und wenn dann geht es wie bei genossenschaftlichen Brauereien oder Molkereien eher um kooperative Integration von Wertschöpfungsstufen für kleinere Einzelunternehmer. Bei der reinen Allmende gibt

es neben dem Problem der Neigung zur Übernutzung von Gemeinschaftsgütern, auch aliquot zur oben beschriebenen richtigen Preisfindung das Problem der Wertermittlung vom Nutzen der einzelnen Teilhaber und von ihren Leistungsbeiträgen. Wie dadurch mehr Gemeinwohl entstehen sollte, ist nicht erklärlich. Gemeineigentum ist kein Indiz für Gemeinwohl. Es wird aber niemand abgehalten, es trotzdem zu tun. Die faktische Resonanz auf Initiativen der sogenannten »solidarischen Ökonomie« ist allerdings verschwindend gering. Freiwillig beteiligen sich nur wenige Bürger in kleinen wirtschaftlichen Nischen wie dem Gemüseanbau für den Eigenbedarf oder Repair-Cafés. Das sind wertvolle Beiträge des gesellschaftlichen Zusammenlebens, aber keine Blaupausen für die globale Güterbereitstellung.

WACHSTUM

In einem Atemzug mit der Kritik am Eigentum und der damit verbundenen marktwirtschaftlichen Gewinnerorientierung wird oft auch die politische Wachstumsorientierung verteufelt. Das Wachstum, gemessen im Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist aber nichts anderes als die gesellschaftliche Kumulierung der oben aufgeführten Nutzenproduktion der Wirtschaftsakteure. BIP-Wachstum bedeutet Nutzenwachstum.

Die BIP-Ermittlung ist allerdings in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit einigen nicht ganz trivialen Bewertungsproblemen verbunden, daher dient die Kennzahl in erster Linie als Entwicklungsindikator und nicht als absolute Messzahl. Die Veränderung des BIP gibt Auskunft über die Entwicklung der Wohlfahrt. Und zwar über viel mehr als die rein materielle Ausstattung mit Produkten. Das BIP ist eng korreliert mit vielen anderen Aspekten der allgemeinen Wohlfahrt. Und wegen diesem empirisch belegbaren engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und zum Beispiel Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung oder gesellschaftliche Teilhabe ist das BIP so ein wesentlicher politischer Betrachtungsgegenstand. Diese Korrelationen leuchten auch meist schon auf den ersten Blick ein. So hängt von Steuern und Abgaben aus Unternehmertum und Beschäftigung unmittelbar ein Großteil der Mittel für das Gesundheits- und Pflegesystem sowie für die soziale Grundsicherung ab. Auch die Mittel für das Bildungssystem, die staatlichen Kultureinrichtungen, Wissenschaft und Forschung, Landschaftspflege und öffentlicher Städtebau und so weiter sind direkt von der Wirtschaftskraft abhängig.

Das muss in der Feinsteuerung um operative Kennzahlen und genauere Perspektiven ergänzt werden und das geschieht natürlich. Auch in der Gesamtschau lassen sich über weitere Kennzahlen tiefergehende Einblicke gewinnen. So würden zum Beispiel die von der Enquete-Kommission des Bundes »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« vorgeschlagenen W3-Indikatoren mit zehn Kennzahlen in den drei Wohlstandsdimensionen materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe sowie Ökologie fraglos eine breitere Perspektive bilden. Aber 1.) sind solche zusätzlichen Indikatoren – Staatsschulden, Einkommensverteilung, dann Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit sowie

Treibhausgase, Stickstoff und Artenvielfalt – größtenteils seit langem im Einsatz und Teil des politischen und öffentlichen Diskurses und 2.) ändert das auch nichts daran, dass insbesondere für den sozialen Bereich in einem demokratischen Umfeld das BIP ein verlässlicher Indikator ist. Man folgt dem BIP nicht, weil die Wirtschaft über alles gestellt werden soll, sondern es sich als guter Indikator für wesentliche Teile des Gemeinwohls herausgestellt hat.

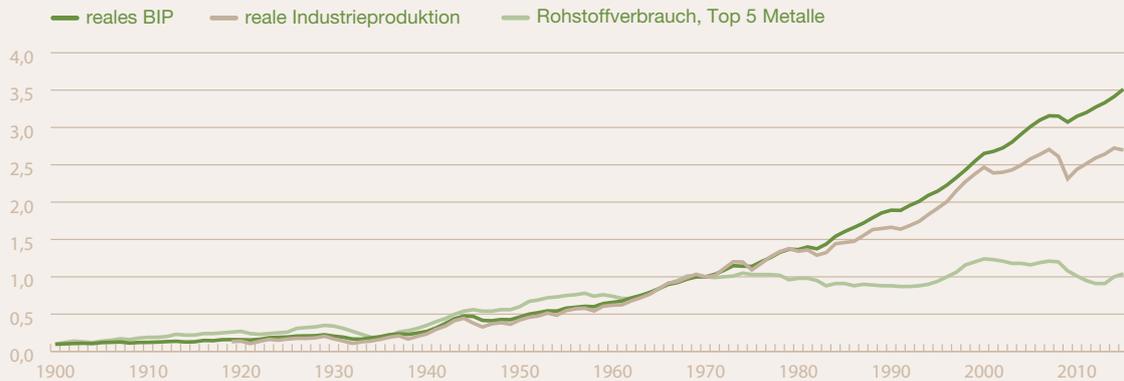
Die ökologische Dimension muss allerdings unweigerlich separat betrachtet werden, weil hier ja keine gleichlaufenden Entwicklungen gewünscht sind, sondern der Abbau von Klima- und Umweltbelastungen das Ziel ist. Und auch das geschieht längst etwa mit der Überwachung von Gewässergütern, Waldberichten, Messungen von Luftemissionen, CO₂-Berechnungen, Energieverbrauchsstatistiken und mehr. Das kann und will das BIP nicht darstellen und niemand hat je versucht das aus dem Wirtschaftswachstum abzulesen oder hat behauptet, dass Ressourcenverbrauch und Emissionen dabei unerheblich wären. Die Bedeutung ist ohne Frage erst im Laufe der Wirtschaftsentwicklung über die grundlegenden Bedürfnisse hinaus gewachsen, aber sich mit dem Wirtschaften nicht zugleich seiner Grundlagen zu berauben, ist schon jeher Teil der ökonomischen Vernunft, obschon es im Laufe der Geschichte viel über die vielschichtigen Folgen einzelner Wirtschaftsaktivitäten zu lernen gab und geben wird.

Die simple Unterstellung aber, um das BIP als Wohlstandsindikator generell zu diskreditieren, Wirtschaftswachstum würde unabänderlich mit mehr Emissionen und mehr Verbrauch natürlicher Ressourcen einher gehen, fehlt die Evidenz. Das hat zum Beispiel der Naturwissenschaftler und MIT-Ökonom Andrew McAfee insbesondere für die US-Wirtschaft sehr faktenreich in seinem 2019 erschienen Buch »mehr aus weniger« herausgearbeitet. Schon in den 1970er Jahren begann »die überraschende Geschichte, wie wir mit weniger Ressourcen zu mehr Wachstum und Wohlstand gekommen sind und wie wir jetzt die Welt retten«.

In der ökologischen Wachstumskritik werden gerne die Wachstums- und Emissionskurven nebeneinander gelegt und aus dem gleichen Verlauf eine Kausalität abgeleitet: Wächst das BIP, steigen auch die Emissionen. Und tat-

US-BIP, INDUSTRIEPRODUKTION UND JÄHRLICHER ROHSTOFFVERBRAUCH AN METALLEN, 1900–2015

(Index: 1970=1)



Quelle: »more from less«, Andrew McAfee (2019)

sächlich die vom Mauna-Loa-Laboratorium auf Hawaii gemessene mittlere Konzentration von CO₂ in unserer Atmosphäre ist von 1960 bis heute von 315 auf 415 ppm gestiegen (+ 32 Prozent) und gleichzeitig hat auch das Welt-BIP von 11,2 Billionen \$ auf 80,1 Billionen \$ (2017; kaufkraftbereinigt) zugenommen (+ 615 Prozent). Gleiche Richtung und fraglos auch voneinander abhängig. Es ist aber mehr als fahrlässig dabei zu unterschlagen, dass

zugleich auch die Weltbevölkerung von 3,03 Milliarden (1960) auf 7,79 Milliarden (2020) sich mehr als verdoppelt hat. Wachsender Wohlstand, die Verteilung dieses Wohlstandes auf eine wachsende Weltbevölkerung und die damit verbundenen Emissionen sind ein viel komplexerer Zusammenhang, als dass man einfache Lösungen in weniger Wirtschaftswachstum finden könnte, wie es Wachstumskritiker gerne suggerieren würden.

CO₂-EMISSIONEN IM VERHÄLTNISS ZUM REALEN BIP IN DEUTSCHLAND

(kg pro KKP \$ des BIPs)



Quelle: Weltbank

Außerdem sind Wohlstand und Umweltbewusstsein korreliert. Je größer der Wohlstand – je weiter man auf Maslows Bedürfnispyramide aufgestiegen ist –, umso mehr achtet die Bevölkerung auf Ökologie und auch auf die globale Fairness sowie auf die Chancen künftiger Generationen. Mehr wirtschaftliches Wachstum bedeutet mehr Wohlstand. Das heißt umgekehrt, wenn weniger erwirtschaftet wird, sinken der Wohlstand und damit das Bewusstsein für die Herausforderungen außerhalb des unmittelbaren Wahrnehmungshorizontes. »Postwachstum« bedeutet weniger Bereitschaft für Umweltschutz, Umverteilung und Generationengerechtigkeit.

Auch wird immer wieder versucht, die Abbildungsfähigkeit von gesellschaftlichem Nutzen durch das BIP mit äußerst fragwürdigen Antithesen zu torpedieren. So wird zum Beispiel gerne angeführt, dass Verkehrsunfälle u. Ä. das BIP steigern – wegen Reparatur/Ersatz der beschädigten Fahrzeuge, den Heilungskosten der verunfallten Personen etc. Mehr Unfälle würden mehr BIP bedeuten, was ja nun aber kein Wohlstandspfad wäre. Ein absurdes Argument, denn einerseits wird haltlos eine Absicht im Zusammenhang unterstellt – weil das BIP durch Unfälle wächst, könnten sich dubiose Mächte veranlasst fühlen, dafür zu sorgen, dass mehr Unfälle passieren – und andererseits wird verkannt, dass Reparatur und Heilung doch eben genau ein Teil von Wohlfahrt sind. Schlimm wäre es, wenn durch Unfälle das BIP sinken würde, weil wir dann offensichtlich unvermeidbare Defekte nicht kompensieren könnten.

Weiterhin wird kritisiert, dass nur Leistungen mit Marktpreisen im BIP berücksichtigt werden, freiwillige unentgeltliche aber nicht. Solange sich die Verhältnisse zwischen Markt- und Freiwilligenleistung nicht ändern, ist die Indikatorfunktion des BIP davon aber vollkommen unbeeinträchtigt. Wenn Freiwilligenarbeit – z. B. Kinderbetreuung in der Familie – durch Marktleistungen – z. B. Kindertagesstätte – ersetzt wird, entstünde kein zusätzlicher Nutzen, weil die Leistung ja vorher schon erbracht war, meinen dann die Kritiker. Das ist falsch, denn es unterschlägt den Nutzen eines Freiraums, den die vorher freiwillig arbeitende Person nun hat, um sich anderweitig zu betätigen oder auch einfach müßig zu gehen. Hinter dieser Argumentation schwingt meistens weniger vernünftige Kritik, sondern vielmehr die Ideologie, eine (mehr) selbstversorgende Wirtschaft wäre nachhaltiger. Mal abgesehen

von den Bequemlichkeiten des arbeitsteiligen Lebens, das dem Menschen erst daraus befreit hat, bloßer Sklave seiner einfachsten Bedürfnisse zu sein, stellt sich dann die Frage, ob es die Menschheit heute überhaupt noch gäbe, wenn nicht basierend auf Wirtschaftswachstum Mährescher, Kunstdünger, Impfstoffe, Krankenwagen, Computertomographen, Kläranlagen, Zentralheizungen oder Tsunami-Warnsysteme erfunden worden wären. Mehr Selbstversorgung heißt unweigerlich mehr Ausgeliefertsein gegenüber der Umwelt, von der sich der Mensch schon immer das Leben abtrotzen musste.

Schließlich wird in der BIP-Kritik regelmäßig angebracht, dass Wachstum ja in Ordnung wäre, wenn es sich denn dabei um sinnvolle Produkte handeln würde. Man spricht dann gerne vom qualitativen statt quantitativen Wachstum. Wenn der vegane Fleischersatz in der Produktion teurer ist als herkömmliches Fleisch, dann wäre die Marktanteilverschiebung zugunsten des Nicht-Fleisches ein Wachstum, das die Welt besser macht, während der Ersatz eines Kleinwagens durch ein Sport Utility Vehicle (SUV) inzwischen nachgerade zum Inbegriff des Weltuntergangs wurde. Einmal abgesehen davon, dass bei diesen Beispielen selbstverständlich negative Externalitäten zu beachten sind – darauf kommen wir noch im Detail – sind solche Definitionen von richtigen und falschen Produkten natürlich gruseligste Planwirtschaft und werfen die unmögliche Fragestellung nach der richtigen Grenzziehung zwischen gut und schlecht bei unzähligen Produktarten auf.

So lässt sich zusammenfassen, dass in der volkswirtschaftlichen Gesamtschau das Wirtschaftswachstum im Verhältnis zu ökologischen Zielsetzungen betrachtet werden muss. Das mag noch ausbaufähig sein, ist aber seit langem integraler Teil der politischen Diskussion. Das rüttelt aber in keiner Weise an der überragenden Aussagekraft des BIP für die Profitabilität der Unternehmen und damit für den Nutzenzuwachs in der Gesellschaft und ist somit ein eindeutiger Indikator für Gemeinwohl. Hier wird dann von Wachstumskritikern gerne noch ein letztes Mal nachgetreten: Es möge ja sein, dass mehr BIP irgendwie mehr Wohlstand bedeutet, aber nicht mehr Glück. Ab einem gewissen Wohlstand würde die weitere wirtschaftliche Verbesserung das Glücksgefühl nicht mehr signifikant erhöhen. Mehr macht dann angeblich nicht mehr glücklich. Aber kennen Sie jemanden, der

wunschlos glücklich ist? Bei Glücksfaktoren, wie länger leben, gesund bleiben, weniger arbeiten, bessere Konsumprodukte, längere Reisen und vieles mehr, ist wohl kaum jemand auch nur in der Nähe von so etwas wie Glückssättigung. All das hängt aber eng mit unserer materiellen Ausstattung zusammen.

Als relative Wesen sind wir Menschen zwar tatsächlich auch nach einer Besserstellung schnell wieder relativ unglücklich, wenn wir uns an den gewachsenen Lebensstandard gewöhnt haben. Deswegen wächst die Lebenszufriedenheit aber doch absolut. Wir suchen nur trotzdem nach immer neuen Verbesserungen und versuchen neue Herausforderungen zu meistern. Eben genau weil wir immer relativ unzufrieden sind, erreichen wir immer höhere Zufriedenheitsstufen. Wir brauchen gefühltes Unglück, um mehr Glück zu erreichen.

Wachstum ist schließlich unmittelbar mit Fortschritt verwoben. Durch Wachstum werden Potenziale für Forschung und Entwicklung und Investitionen freigesetzt, die im marktwirtschaftlichen Wettbewerb auf den effizienten Ressourceneinsatz fokussiert sind. Wachstum bedeutet auch gleicher Output mit weniger Ressourcen. Wer sich gegen Wachstum wendet, will die Produktionsmethoden und -anlagen auf dem Status-quo einfrieren und auf Effizienzverbesserungen durch Investitionen in Fortschritt verzichten. Nachhaltigkeit braucht Wachstum.

Wenn jemand aus ökologischen Sorgen für Entschleunigung plädiert, Klima-Auszeiten oder gesamtgesellschaftliche Sabbaticals befürwortet, dann sollte ihm bewusst sein, dass damit vielleicht just die zukunftsentscheidende rechtzeitige Erfindung verpasst wird. Nur in Wachstum steckt Wandlungsfähigkeit. Auf einer Welt, die sich unweigerlich immer weiter dreht, kann nur mit Wachstum und damit Fortschritt Gemeinwohl bewahrt werden.

KEIN WERTE-WIDERSPRUCH

In ihrer Selbstbegründung stellt die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung grundsätzlich »menschliche Werte« den »Werten der Wirtschaft« gegenüber. Man behauptet einen »heillosen Widerspruch« zwischen den warmen zwischenmenschlichen und den bewusst kalt und seelenlos dargestellten wirtschaftlichen Werten: Vertrauen, Empathie, Teilen, Solidarität etc. versus Wettbewerb (Konkurrenz), Profitstreben (Gier), Effizienz (Geiz) etc. Auch wenn man die polemischen Überspitzungen weglässt, in denen den Akteuren der Wirtschaftswelt auch generell Werte wie Verantwortung oder Ehrlichkeit abgesprochen und Rücksichtslosigkeit oder Neid unterstellt werden, dann bleibt da doch mindestens eine fahrlässige Verwischung der ethischen Dimensionen.

Für die Gemeinwohl-Ökonomie, die ein »ethisches Wirtschaftsmodell« etablieren will, ist der Werte-Widerspruch aber die zentrale Begründung: In der Marktwirtschaft würden ganz andere Werte als in den alltäglichen Bezie-

hungen der Menschen gelten. Damit suggeriert man eine Unmenschlichkeit der Marktwirtschaft, die nicht der Realität entspricht.

Die grundlegenden und tief evolutionären menschlichen Moralvorstellungen sind Werte einer Kleingruppenmoral (Familie, Sippe, Stamm). Die sind auf ein gemeinsames Vorankommen und Wohlergehen gerichtet und entsprechend geprägt von Gemeinschaftssinn, Solidarität, Empathie und Mitverantwortung. Solche Werte haben selbstverständlich auch in der Wirtschaft Geltung. Angefangen beim Respekt vor der Würde und Autonomie eines jeden einzelnen Menschen in jeglicher Wirtschaftsbeziehung eines ehrbaren Kaufmanns bis zur allgegenwärtigen pragmatischen Selbstverständlichkeit der tradierten Kleingruppenmoral in Betrieben, Projektgruppen oder Partnernetzwerken. Ein Unternehmen ist ein Stamm, der gemeinsam wirtschaftet, mit dem Ziel Mehrwerte zu schaffen. Die für den Erfolg von Kleingruppen entscheidenden Werte gelten natürlich auch in Unternehmen und Unternehmenseinhei-

ten. Interne Gemeinschaftswerte sind stets mit entscheidend für den unternehmerischen Erfolg.

Aber auch die Konkurrenz zwischen Unternehmen auf Märkten ist nicht Feindschaft, sondern Wettstreit, der im Rahmen von Spieregeln fair auszutragen ist. Respekt vor den Mitstreitern ist wesentliche Voraussetzung, dass man bereit ist, sich am Spiel zu beteiligen. Ebenso das Vertrauen, dass die Regeln allseits auch befolgt werden, selbst wenn der Schiedsrichter wegschaut. Dabei ist es gleich wertvoll, ob das jemand aus purer Regelkonformität befolgt oder aus Einsicht in die Goldene Regel, dass man

im Gegenzug vom Gegner auch stets Fairplay erwartet. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Kaum hinterfragt man das Framing von »Geiz« und »Gier«, löst sich der Werte-Widerspruch unmittelbar auf. Schon für Ludwig Erhard war gerade der Wettbewerb der entscheidende Faktor, dass die Marktwirtschaft sozial, also menschlich wirkt. Die von der Gemeinwohl-Ökonomie angeprangerten Werte wie Wettbewerb und das damit verbundene Nutzen- und Effizienzstreben sind just die entscheidenden Faktoren für Gemeinwohl in einer Gesellschaft freier Bürger.

ORDNUNGSETHIK

Mit zunehmender Komplexität von vielstufigen Handels- und arbeitsteiligen Wirtschaftsbeziehungen schwinden allerdings die Feedbackschleifen, aus denen der Einzelne die Moralität seines Handelns ableiten kann. Ohne Erfahrung der kausalen Folgen der eigenen Handlungen kann man schwer die ethische Verantwortung übernehmen. Ohne Bewusstsein für Konsequenzen fehlt der Maßstab für die persönliche ethische Justierung.

In komplexen Beziehungsgeflechten und immer länger werdenden Folgeketten mit immer mehr Nebenfolgen kann kein einzelnes Glied beurteilen, ob das eigene Verhalten bei den anderen Gliedern angemessen solidarisch, wertschätzend, empathisch etc. ankommt. Ja mehr noch: Es besteht eine ganz erhebliche Gefahr, dass Gut-Gemeintes tatsächlich Nachteile bewirkt. Die Durchsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen entsprechend unseren Vorstellungen entlang der weltweiten Lieferkette nimmt vielleicht Entwicklungsländern den absoluten oder komparativen Kostenvorteil, mit dem sie auf einem Wachstums- und Wohlstandsweg ganz natürlich und schneller zu besseren Arbeitsbedingungen gekommen wären.

Die Ethik arbeitsteiliger Wirtschaftsakteure muss sich also aus etwas anderem entwickeln. Es wird eine Ordnungsethik benötigt. Grundsätze des richtigen und falschen Handelns, die dazu geeignet sind, in komplexen Vernetzungen die allgemeine Wohlfahrt zu bewirken und dabei die in ihrem kleinen Umfeld individual- und kleingruppenethisch agierenden Wirtschaftsakteure im Großen zu koordinieren. Welchen Prinzipien sollen die Einzelnen folgen, so dass sie Gutes bewirken ohne die Wirkzusammenhänge in der ganzen Tragweite begreifen zu können. Ja Prinzipien, die sogar unvermeidbare eigensüchtige und sozial desinteressierte Zeitgenossen zu gemeinnützigem Verhalten lenken, ohne dass sie ihrem misanthropischen Egoismus entsagen müssen. Prinzipien also, die die Menschen ihre menschlichen Eigenarten lassen und sie trotzdem dem Gemeinwesen verpflichten.

Es sind individuelle **Freiheit** und deren entsprechenden kleinteiligen **Verantwortungsräume** sowie privates **Eigentum** als Grundvoraussetzung für freie Preise und **Wettbewerb**, die die allseitige Nützlichkeit des »reziproken Altruismus« der Kleingruppe erfolgreich auf weltweit komplexe, arbeitsteilige Angebot-Nachfrage-Beziehungen übertragen. Die Nutzensteigerung aller Beteiligten ist zugleich Ziel und Axiom der unsichtbaren Hand des Marktes. Wenn der Kuchen nicht größer wird, macht schlicht niemand bei der Marktwirtschaft mit.

Eine Ordnungsethik schließt dabei ausdrücklich nicht aus, dass sich Entscheider auch von ihren individuellen Vorstellungen leiten lassen. Wenn jemand im Einzelfall konkret weitreichend die Konsequenzen seines Handelns erkennt oder sich ein persönliches Urteil über komplexe Konsequenzen gebildet hat, dann wird das eine kluge Ordnungsethik nicht verhindern, sondern auch in der Ethik einen Wettbewerb der Ideen zulassen. Die Ordnungsethik schließt nicht aus, dass ein Bohnenröster nur direkt bei Kaffeebauern einkauft, die er persönlich kennt, dass eine Baumarktkette nicht nach China expandiert, weil der Eigner die dort üblichen Gefälligkeiten nicht mit seinen Moralvorstellungen vereinbaren kann, oder dass ein Industrieunternehmen freiwillig CO₂-neutral produziert. Die einzelnen Entscheider sind damit ausdrückliche Protagonisten der öffentlichen Meinungsbildung für die weitere Ausgestaltung der Ordnungsethik. Je nachdem wie Partner und Kunden diese Entscheidungen goutieren, sind sie auch gegebenenfalls mit mächtigen Hebeln der politischen Wahrnehmung ausgestattet. Durch ihre vielfältigen Netzwerk-Beziehungen sind insbesondere Unternehmer Multiplikatoren auf der Suche nach den richtigen ordnungsethischen Kriterien.

Die unternehmerischen Vorschläge zur ethischen Ausgestaltung der Wertschöpfungsketten sind ein wesentlicher Bestandteil der politischen Meinungsbildung. Den Betrieben und ihren Verbänden kommt damit erhebliche Verantwortung zu, dass die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden, damit das freie Spiel des Wettbewerbs nachhaltigen Nutzen stiftet.

Das genau ist der Denkansatz der Sozialen Marktwirtschaft: Rahmenbedingungen setzen, damit Angebot und Nachfrage möglichst frei sich finden und entwickeln können und niemand sich mit Partikularinteressen durchmogeln kann. **Die Marktwirtschaft schafft Nutzen, der Ordnungsrahmen verhindert, dass gleichzeitig anderer Nutzen vernichtet wird. Der Ordnungsrahmen macht die Marktwirtschaft zur Gemeinwohl-Wirtschaft, die wir Soziale Marktwirtschaft nennen.**

Der Unternehmer trägt die Verantwortung für effiziente Bedürfnisbefriedigung. Der Staat hat die Verantwortung, den freien Markt in einem nachhaltigen Ordnungsrahmen zu gewährleisten. Nur wenn jeder Schuster bei seinen Leisten bleibt, entsteht ein Meisterwerk.

Trotz eines global und historisch einzigartigen Wohlstandes, der in der Vergangenheit auf just diesen sozial-marktwirtschaftlichen Grundlagen geschaffen wurde, sprechen verschiedene politische Kräfte der ordoliberalen Marktwirtschaft die Zukunftsträchtigkeit ab. Um das zu prüfen, muss ein Schritt genauer ins Detail gegangen werden, um die Herausforderungen der menschlichen Gesellschaft konkret in den Blick zu nehmen.

» **Wieviel aristokratischer Hochmut steckt doch in aller Geringschätzung des Wirtschaftlichen? Wieviel unwissende Nichtachtung der Gesamtsumme an Arbeit, Entsamung, Pioniergeist, Redlichkeit und Pflichterfüllung, von der das nackte Leben einer ungeheuer angewachsenen und noch täglich weiter anschwellenden Weltbevölkerung abhängig ist, die das ganze Gebäude unserer Kultur trägt und ohne die es weder Freiheit noch Gerechtigkeit noch ein menschenwürdiges Dasein der Massen noch teilnehmende Hilfe gäbe«**

WILHELM RÖPKE

Wirtschaftsethik heute, 1956

DER WEG ZUR NACHHALTIGKEIT

Die Kategorien der vorherrschenden Herausforderungen eines nachhaltigen Wohlfahrtsweges werden von vielen ökologischen und solidar-ökonomischen Bewegungen treffend adressiert. Wie eingangs ausgeführt, herrscht in Bezug auf das Zielbündel kein Dissens. Hier soll sich im Folgenden an den vier Werte-Kategorien der Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung orientiert werden: Ökologie, Solidarität und Gerechtigkeit, Menschenwürde sowie Transparenz und Mitentscheidung.

Es gilt zu prüfen, ob und wie die Ordnungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft in diesen Kategorien wirken oder wirken könnten, ob sich aus Unzulänglichkeiten gegebenenfalls die Forderung nach einer anderen Systematik ableiten lässt und, wenn ja, inwieweit die Gemeinwohl-Ökonomie oder Teile davon eine Lösung sein können beziehungsweise ob sich daraus Anstöße für ein »anders Wirtschaften« ergeben.

ÖKOLOGIE

Das Leben des Menschen ist wie bei jedem anderen Lebewesen ein dauerndes Verändern seiner Umwelt. Der Mensch hat in seiner Entwicklung den Einfluss auf die Umwelt im Vergleich zu allen anderen Lebensformen exorbitant ausgedehnt.

Mit Blick auf die Weltbevölkerungsentwicklung – von rund 300 Millionen Menschen bei Christi Geburt bis bald 8 Milliarden – als auch auf die Wohlfahrtsentwicklung – insbesondere was Konsum und Lebenserwartung betrifft –, steht inzwischen alles nötige Wirtschaften unweigerlich in einer signifikanten Wechselbeziehung zur gesamten globalen Umwelt. Allein aufgrund der nie dagewesenen enormen menschlichen Nutzung der Umwelt und dem zu erwartenden weiteren Bevölkerungs- und Wohlstandswachstum, steht die Gefahr einer Übernutzung klar im Raum. Umweltschädliche Emissionen, Verbrauch natürlicher Ressourcen und der Erhalt der Biodiversität sind dabei die wesentlichen Parameter. Wobei zu beachten ist, dass einzelne Faktoren – wie zum Beispiel CO₂-Emissionen – geeignet sind, um kaskadierende Konsequenzen mit unvorhersehbaren weitreichenden Folgen anzustoßen (etwa Abriss des Golfstroms). Die Sicherstellung der ökologischen Nachhaltigkeit ist daher eine der drängendsten Aufgaben der Weltbevölkerung.

» Wir haben uns so sehr an diese Dinge gewöhnt, dass wir sie nicht mehr schätzen. Und weil wir das nicht tun, sägen wir an den Ästen, auf denen wir uns so bequem niedergelassen haben. Wir träumen von Natürlichkeit. Bio ist gut, Chemie ist böse. Alles muss im Gleichgewicht bleiben. Wer braucht schon Gentechnik, Nuklearforschung oder Plastikverpackungen? Das muss doch auch ohne gehen! Bis wir natürlich eine neue Hüfte oder einen Bypass brauchen. Dann soll aber schon alles verfügbar sein. Ein Rettungshubschrauber, ein OP mit Bakterienschleuse, sterile Einwegspritzen, High-Tech-Sonden mit Nano-Partikeln und der allerneueste Kernspin. Danach kann man dann ja wieder zurück in die nette Altbauwohnung und bei einem Glas Rotwein gegen Pharmariesen, Kraftwerksbetreiber und industrielle Landwirtschaft wettern. Vieles, was derzeit auf diesem Planeten passiert, läuft sicherlich falsch. Aber wir lösen diese Dinge nicht, indem wir von einem Leben im Gleichgewicht mit der Natur träumen. Weil »Zurück zur Natur« eben auch Hungersnöte, Beulenpest und Hämorrhiden bedeutet.«

VINCE EBERT

Physiker und Kabarettist, Facebook-Post 14.02.2021

»Wahrscheinlich« will sagen, dass es durchaus auch andere Realitäten mit Weltzerstörungspotenzial gibt und schon immer gab: von religiösem Fundamentalismus und imperialen Totalitarismus, über Seuchen und Plagen,

bis zum Asteroideneinschlag. Das sollte man im Auge haben, um nicht mit der Lösung eines Problems zugleich unsere Reaktionsfähigkeit auf andere zu mindern.

EXTERNALITÄTEN & INTERNALISIERUNG

Im marktwirtschaftlichen Kalkül werden nur Faktoren berücksichtigt, die merklich in die Nutzenfunktion der Akteure eingehen. Auf Seiten der Anbieter sind das im wesentlichen Produktionskosten und Absatzaussichten, auf Seiten der Nachfrager persönliche Nutzenaspekte, die sich in Opportunitätskosten ausdrücken lassen. Damit Faktoren im jeweiligen Kalkül berücksichtigt werden, müssen sie wahrgenommen werden und Gewicht haben, damit sie die Nutzenrechnung verändern können.

Damit unterscheidet sich die Marktwirtschaft erst einmal von keiner anderen Wirtschaftsart. Überall kann nur das Beachtung finden, was wahrgenommen wird und dessen Bedeutung dimensioniert werden kann. Überall stellt sich also die gleiche Frage, wie man ökologischen Auswirkungen Bedeutung verschafft. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftssystemen bietet aber die Soziale Marktwirtschaft einen klaren, systemimmanenten Umgang damit.

In der Marktwirtschaft spricht man bei Umweltveränderungen, die von den Wirtschaftsakteuren nicht in ihrem jeweiligen Nutzenkalkül berücksichtigt werden müssen, von externen Effekten. Bei Umweltschädigungen sind es negative externe Effekte. Negative Externalitäten oder externe Kosten, also Kosten oder Belastungen, die dem Gemeinwesen anfallen, aber nicht dem Verursacher.

Damit kalkuliert der Unternehmer seinen Profit und der Verbraucher seine Präferenzen zur Bedürfnisbefriedigung

ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Schaden für alle – sie selbst eingeschlossen; sie handeln also gegebenenfalls sogar unwissend gegen ihre eigenen Interessen. Das marktwirtschaftliche Prinzip, dass das freie Spiel von Angebot und Nachfrage unweigerlich zu mehr Nutzen für alle führt, versagt.

Neben marktbeherrschenden Stellungen und der sozialen Verteilungsgerechtigkeit sind es genau solche Problemstellungen, die annähernd alle marktwirtschaftlichen Denker weltweit seit der sich durchsetzenden Industrialisierung dazu veranlasst haben, als Wirtschaftspolitik anstatt des Laissez-faire eine Ordnungspolitik vorzuschlagen – das übrigens ist im Sinne der Erfinder eigentlich als Neoliberalismus zu verstehen. In Europa hat sich dafür der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« durchgesetzt.

» Man denke an die Zerstörung von Wäldern in Amerika, die den Boden und das Klima weiter Gebiete verschlechterte und zu einer Versteppung führte. Es geschah, weil in der Wirtschaftsrechnung des Waldbesitzers diese Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft nicht oder kaum zum Ausdruck kamen.«

WALTER EUCKEN

Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952

Die Idee der Ordnungspolitik ist denkbar einfach: Freie Märkte führen zu mehr Nutzen für Anbieter und Nachfrage. Wenn das ausnahmsweise nicht klappt, werden die Regeln der Wirtschaftsordnung so verändert, dass freies Angebot und freie Nachfrage wieder allgemein nützlich sind.

Für das Problem der negativen externen Effekte heißt das, dass die Ordnungspolitik dafür Sorge tragen muss, dass die gesellschaftlichen Kosten im Nutzenkalkül von Anbieter und Nachfrager zu Buche schlagen – z. B. über Grenzwerte, Steuern, Emissionsabgaben, Handel begrenzter Verschmutzungszertifikate oder dem Verbot einzelner Stoffe oder Methoden. Dieser ordnungspolitische Prozess nennt sich Internalisierung.

Mit der Internalisierung negativer externer Kosten wird ein ganzes Bündel marktwirtschaftlicher Mechanismen angestoßen:

- Alle Unternehmen sind gleichermaßen zu Internalisierung gezwungen und werden zumindest zunächst Kostensteigerungen haben, die sie wegen der Betroffenheit aller Produzenten auch trotz Wettbewerb an die Verbraucher weitergeben: Die Produktpreise steigen, was bei unverändertem Einkommen der Verbraucher zu weniger Nachfrage führt. Ein doppelter Effekt für die Umwelt: Die Produkte sind mit weniger Schadstoffausstoß behaftet und es werden überhaupt weniger Produkte, die zwar geringer aber doch noch schadstoffbehaftet sind, verkauft.
- Der Wettbewerb um Kunden zwischen den Anbietern führt dazu, dass man versucht diese Internalisierung möglichst effizient zu lösen. Also mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch, der ja an anderer Stelle wieder neue negative externe Effekte auslösen könnte.
- Für Anbieter besteht ein (zusätzlicher) Anreiz, neue Produkte zu erfinden, die den gleichen Nutzen ohne die negativen externen Effekte stiften. Wenn das wettbewerbsfähig gelingt, löst sich das Problem der Externalität schlagartig und weitreichend.
- Das Problem kann ordnungspolitisch adressiert werden, ohne dass irgendjemand schon die beste oder auch nur eine gute Lösung kennt. Über das Effizienzstreben des Marktes wird ein mächtiger Mechanismus zur Schaffung von Lösungswissen angestoßen. **Es wird das Problem in den Marktprozess internalisiert, nicht die Lösung vorgeschrieben.** Nur so besteht

stets die Chance, dass irgendwo eine ganz neue, bessere Lösung erfunden wird – danach würde keiner suchen, wenn eine Lösung festgeschrieben ist.

- Wenn absehbar bereits Verschärfungen der Internalisierung von den Firmen erwartet werden können, besteht für die Unternehmen ein großer Anreiz, Lösungen zu finden, die bereits künftige Verschärfungen vorwegnehmen oder entsprechend skalierbar sind. Damit werden Machbarkeiten belegt, die wiederum den politischen Verschärfungsprozess beschleunigen.
- Die Internalisierung lenkt die Aufmerksamkeit der Verbraucher auf die Thematik und schafft Problembewusstsein. Vorreiter der Innovation und der Überkompensation der Normen können in einem entsprechenden öffentlichen Meinungsklima ihre Absatzchancen verbessern. Damit wird Wettbewerbsdruck auf andere Anbieter ausgeübt, ähnlich vorauseilende Lösungen anzubieten, was wiederum die öffentliche Meinung beeinflusst.
- Erfolgt die Internalisierung durch Besteuerung können die Staatseinkünfte zur gemeinschaftlichen Kompensation der negativen externen Effekte verwendet werden (z. B. Aufforsten aus CO₂-Steuern)

Diese positiven Kräfte lassen sich dann sogar noch multiplizieren. Über die Internalisierung durch den Handel mit begrenzten Emissionszertifikaten (z.B. für erlaubte Treibhausgase wie CO₂ pro Jahr) wird die vollständige Vermeidung einer Emission selbst zum Gegenstand des Wettbewerbs (»Cap & Trade«). Über die sukzessive Reduzierung der erlaubten Emissionen und Verfallsdaten der Zertifikate kann der Gesetzgeber zudem einen klaren Verknappungsweg vorzeichnen.

Wie bei Emissionen kann die Internalisierung externer Effekte genauso für den Erhalt von Bodenqualitäten, Wasserverbrauch oder Artenschutz und Biodiversität eingesetzt werden. Auch die Ressourceneffizienz ist eine Frage negativer externer Effekte, die internalisiert werden kann (indirekt geschieht das bereits zum Beispiel durch CO₂-Abgaben bzw. -Emissionshandel). Schwindende Vorkommen natürlicher Ressourcen, wie fossile Brennstoffe, Biomasse, Erze und Mineralien führen eigentlich durch die Verknappung über steigende Preise zu nachlassender Nachfrage und zur Suche nach Substituten. Da der internationale Handel dieser Ressourcen nicht nur marktwirt-

schaftlich, sondern maßgeblich auch politisch gesteuert ist, wird der natürliche Angebots-Nachfrage-Mechanismus immer wieder ausgehebelt (z. B. indem ärmere Länder Preisdumping betreiben, um die Umsätze zu erhöhen, oder mächtigere Länder mit niedrigen Preisen konkurrierende Staaten ruinieren wollen). Mit Steuern oder Zöllen kann diesem staatlich organisierten Marktversagen internalisierend entgegengewirkt werden. Bei entsprechender Steuerbefreiung der recycelten Derivate werden dann zudem Anreize für eine Kreislaufwirtschaft gesetzt.

Es gibt bisher keinen Vorschlag, der auch nur annähernd ähnlich genial mit tatsächlich relativ einfachen Mitteln ein ganzes Bündel von Anreizmechanismen zur Vermeidung von negativen Externalitäten setzt, wie die Idee der Internalisierung: Ein erkanntes Problem muss lediglich mit beabsichtigten Zielwerten quantifiziert werden und diese Zielwert dann verbindlich internalisiert werden. Statt das Eigennutzenstreben der Wirtschaftsakteure zu kritisieren und es aber bei aller Kritik doch irgendwie nie überwinden zu können, macht sich die Internalisierung eben just die menschlich Natur zu Nutze.

Über die Internalisierung negativer externer Effekte steht ein Werkzeugkasten marktwirtschaftlicher Instrumente zur Verfügung, die auch bereits vielfältig Anwendung finden. Inwieweit die ergriffen Maßnahmen bereits weitreichend genug sind, kann und muss politisch gestritten werden. Sich aber hinzustellen und so zu tun, als würde gar nichts geschehen, um Postwachstum als letzten Strohalm der Weltrettung hochzustilisieren ist dreist. So die Generalsekretärin des »Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« Maja Göpel: »Wenn es darum geht, wie Märkte Angebot und Nachfrage ausbalancieren, dann zeigen die grundlegenden Modelle der Volkswirtschaft heute nur noch zwei Akteure: Produzenten beziehungsweise Firmen oder Konsumenten beziehungsweise Haushalte. Der Staat kommt darin gar nicht vor – oder nur als Abnehmer.« Kein Wunder, dass in Göpels ganzem Buch »Unsere Welt neu denken« das Wort Internalisierung kein einziges Mal vorkommt und das zugrundeliegende Prinzip bewusst ignoriert wird, vor allem aber die Realität vollkommen ausgeblendet wird.

Zahlreiche Internalisierungen sind längst installiert und entfalten nachhaltig Wirkung: CO₂-Zertifikatehandel, Euro-Abgasnormen, Gewässerschutzrecht, Immissionsschutzgesetz, Bodenschutz- und Altlastenrecht, Naturschutzrecht und Abfallrecht sind in Deutschland gültige, originäre Umweltgesetze mit internalisierenden Wirkungen. In unzähligen anderen Gesetzen stecken weitere Umweltauflagen, wie dem Baurecht und dem Raumordnungsgesetz, dem Kraftfahrzeugsteuerrecht oder dem Arbeitsrecht. Seit 1994 hat mit Art. 20a des Grundgesetzes Nachhaltigkeit Verfassungsrang: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.« Das auf diesem Artikel beruhende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29.4.2021 mit der Forderung der Verschärfung des deutschen Klimaschutzgesetzes zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zeigt unsere systematische Sensibilität für Nachhaltigkeit. Im demokratisch rechtsstaatlichen Rahmen wird die Marktwirtschaft über die Internalisierung auf das gesellschaftliche Gemeinwohlverständnis justiert.

MASSTAB DER EXTERNEN EFFEKTE

Mit vernünftiger Internalisierung ist jedes wirtschaftliche Wachstum zugleich ein Lösungsentwicklungsprozess zur Minderung negativer externer Effekte. Wirtschaftswachstum ist dann die Lösung und nicht das Problem. Eine Post-Wachstums-gesellschaft wäre dementsprechend der GAU, denn es fehlt mit der Chance auf profitables Wachstum des eigenen Unternehmens der entscheidende Anreiz für neue Ideen.

Damit ein solcher Internalisierungsprozess in Gang gesetzt werden kann, sind Voraussetzungen notwendig:

- Es muss sich ein öffentliches Bewusstsein mit politischem Gestaltungswillen entwickeln: Negative Externalitäten erkennen und benennen.
- Demokratische Regierungen und Legislativen müssen willens sein, das öffentliche Bewusstsein aufzunehmen: Ziele und Wege der Internalisierung finden und beschließen.
- Exekutive und Judikative müssen den Prozess effektiv begleiten, so dass der Regelverstoß nicht wirtschaftlich vorteilhafter ist als die Befolgung: Internalisierung durchsetzen.

Bei diesen notwendigen Bedingungen kommen allgemein die individuelle und speziell die unternehmerische Verantwortung ins Spiel und in dem Zusammenhang dann auch die Überlegungen der Gemeinwohl-Ökonomie. Die Beschäftigung mit negativen ökologischen Effekten des eigenen Handelns bildet das öffentliche Bewusstsein. Wenn sich ein Unternehmen etwa Gedanken macht über die Umweltrisiken seiner Zulieferprodukte oder das umweltbewusste Verhalten der Mitarbeiter im Betrieb oder die ökologischen Auswirkungen der eigenen Produkte, Produktionsmethoden, Verpackungen, Lieferwege etc., dann schafft dieser Prozess Bewusstsein bei allen Beteiligten und interagiert mit deren anderweitigen Erfahrungen. Mit so einem Prozess ist das Unternehmen ein aktiver Teil der politischen Meinungsbildung. Das individuelle ethische Verantwortungsbewusstsein der Unternehmensführung wird zur Corporate Social Responsibility und vervielfacht damit die politische Bedeutung.

Der Alltag im Betrieb genauso wie die unternehmerische öffentliche Interessenvertretung kommt im politischen Meinungsbildungsprozess eine nicht unbedeutende Rolle zu. Ob aber aus einzelunternehmerischen Nachhaltigkeitsüberlegungen dann jeweils intern tatsächlich per Saldo aller komplexer Wechselbeziehungen ein besseres ökologisches Verhalten resultiert, und wenn ja, wie viel oder wenig hoch so eine Verbesserung für die Umwelt zu bemessen ist, das wird ein einzelnes Unternehmen oder dessen Zertifizierungspartner nie erfassen können.

Wer kann zum Beispiel die exakten ökologischen Auswirkungen cradle to cradle einer Betriebsfahrzeugflotte mit wechselnden Auslastungen im sich wandelnden betrieblichen Alltag bewerten und allein nur zwischen verbrauchsarmen Euro 6d-Motoren und Plug-in-Hybrid-Autos tiefgründig entscheiden? Wer kann Verrechnungsfaktoren angeben, welche Kompensationen in anderen Unternehmensbereichen angemessen sind, wenn man zum Beispiel eine derzeit unerlässliche Zulieferkomponente von fragwürdiger ökologischer Herkunft ausgleichen will? Wer kann beurteilen, ob nicht ein zunächst ökologisch ignoranten Verhalten erst die Fonds ermöglicht, um damit in Umstrukturierungen zu investieren, die dann einen erheblichen ökologischen Hebel haben, der die »Anfangs-sünden« mehr als wettmacht? Wer kann ökologisch differenzieren zwischen einem langlebigen aufwendigen oder einem kurzlebigen, aber auch schlichteren und immer wieder modernisierten Produkt?

Wer kann überhaupt sagen, welche Perspektive die richtige ist? Für die einen ist Atomenergie die entscheidende umweltverträgliche Brückentechnologie zwischen fossilen und regenerativen Erzeugungen oder ganz anderen Ansätzen wie dem Fusionsreaktor. Für die anderen ist es der Inbegriff des ökologischen Weltuntergangs. In einer pluralistischen Gesellschaft wird es dazu nie Eindeutigkeit geben. Dann kommen noch unweigerlich Informationsdefizite dazu; die ganzen ökologischen Konsequenzen wollen ja zusätzlich zur originären unternehmerischen Aufgabe begriffen werden.

Im Leitfaden zur Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung heißt es so einfach: Ein GWÖ-Unternehmen »... wählt im Einkauf die ökologisch verträglichsten Optionen«, »... achtet auch bei Investitionen in immaterielles Vermögen und Finanzanlagen auf mögliche sozial-ökologische Auswirkungen« oder »... bietet Produkte und Dienstleistungen an, deren ökologische Auswirkungen durch Nutzung und Entsorgung geringer sind als bestehende Alternativen«. Mangels echter Beurteilungsmaßstäbe bricht dann in Bewertungsvorschlägen die pure Anmaßung des Wissens durch. Es wird dann zum Beispiel einfach behauptet, dass überwiegend fleischlose Kantinen, ein Obstkorb am Arbeitsplatz oder Workshops zur Erstellung von GWÖ-Familienbilanzen das ökologische Verhalten der Mitarbeiter verbessert. Das mag ja sogar sein, aber in welchem Maße? Wie oft kann jemand ein Schnitzel in der Kantine bekommen, wenn er zweimal die Woche mit dem Fahrrad in den Betrieb kommt?

Spannend auch, dass sich bei einer Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung natürlich niemand die Frage stellt, ob das Produkt oder die gewählte Produktionsmethode überhaupt noch ökologisch zu rechtfertigen ist. Man kann mit einer solchen Bilanz wunderbar, auch vor sich selbst, die ökologischen Leichen im Keller kaschieren und sich das ganze schönreden. Die ordnungspolitische Internalisierung offenbart hingegen schonungslos, wenn ein Geschäftsmodell aufgrund seiner negativen externen Lasten nicht mehr tragbar ist.

Sich mit Nachhaltigkeitsthemen im Unternehmen auseinanderzusetzen, ist ein gesellschaftlich positiver Prozess und findet auch allerorts ständig statt, ohne dass dazu aufgefordert werden müsste – die politische Meinung in einer Demokratie entwickelt sich aus dem Volksbewusstsein, nicht umgekehrt. Die Bilanzierung dieser Auseinandersetzung ist aber schlicht unmöglich. Die individuelle und unternehmerische Beschäftigung mit Nachhaltigkeit ist der entscheidende Punkt für nachhaltigen Fortschritt, der Beitrag des einzelnen dazu lässt sich aber nie bestimmen. Mehr noch: Guter Wille kann genauso das Gegenteil bewirken, wenn der Blick über die Konsequenzen begrenzt ist. Da ist der Horizont schon bei den ökologischen Auswirkungen beschränkt und jegliche Übersicht bricht unweigerlich in sich zusammen, wenn man noch soziale

Aspekte dazu nimmt. Wie wollte man zum Beispiel das Dilemma richtig auflösen, ob man mangels Verfügbarkeit Bio-Agrarprodukte lieber aus Übersee bezieht oder dann doch eher auf konventionelle regionale Produkte zurückgreift, damit aber den Bio-Landwirten andernorts die Existenz nimmt. Was macht die Welt besser: Mehr regionale Lieferketten oder mehr überlebensfähige Bio-Landwirtschaft weltweit? Oder gar mehr hocheffiziente Agrargroßbetriebe?

Die Bewertungsprobleme, was in letzter Konsequenz wirklich nachhaltig ist, lassen sich endlos fortführen. Im Einzelnen sind komplexe Wirkzusammenhänge nicht absehbar. Im politischen Meinungsbildungsprozess aggregieren sich aber zahllose Einzelerfahrungen und Einzelmeinungen nach oben, können zusammenfassend wissenschaftlich überprüft werden und ermöglichen dann auf Grundlage gebündelter Erfahrungen und Expertenmeinungen dazu die politische Entscheidung für eine Internalisierungsstrategie (wie zum Beispiel mit dem 1974 erlassenen deutschen Bundesimmissionsschutzgesetz, sechs Jahre vor der Gründung der Partei Die Grünen).

EFFIZIENZ

Das marktwirtschaftliche Effizienzstreben wird durch Internalisierung nachhaltig kanalisiert, ist aber schon an sich auf möglichst geringen Ressourcenverbrauch und damit auch wenig Emissionen justiert. Je größer der Wettbewerb, desto genauer müssen alle Marktteilnehmer schauen, dass sie alle Effizienzpotenziale heben.

In zweifacher Hinsicht ist dabei der technologische Fortschritt von entscheidender Bedeutung. Einerseits lassen Informations- und Transporttechnologien die Welt enger zusammenwachsen, verschärfen den Wettbewerb und vergrößern den Kreis der Sucher nach der besseren Lösung. Andererseits eröffnen technische Innovationen immer wieder vollkommen neue Horizonte, wie die menschliche Bedürfnisbefriedigung vollkommen neu gedacht und effizienter organisiert werden kann (Feuer, Rad, Dampfmaschine, Verbrennungsmotor, Elektrizität, Kunstdünger, Halbleiter, Künstliche Intelligenz ... Quantencomputer, Rohstoffe aus dem Weltall, Kernfusionsreaktor?).

Daher: Ein Hoch auf Wettbewerb und Gewinnmaximierung, weil dazu auch die Kostenminimierung gehört.

Profitsteigerung durch Kostensenkung:

- weniger Faktoreinsatz, weniger Grundstoffe
- teure (knappe) Grundstoffe durch günstigere (weniger knappe) ersetzen
- effizienter Nutzung des Betriebsinventars
- neue Produkte entwickeln, die den gleichen Zweck erfüllen, aber weniger teure (knappe) Ressourcen brauchen (zum Beispiel sind mit unseren heutigen Smartphones mehr oder weniger Taschenrechner, Fotoapparat, Camcorder, Radiowecker, Diktiergerät, Kompass, Höhenmesser, Uhr, GPS-Navigationssystem, Straßenatlas, Adressbuch, Kalender, CD-Spieler und das Festnetztelefon »verdampft«)

Die technologische Entwicklung verläuft dabei nicht linear. Die reine Fortsetzung von heutigen Trends erlaubt uns keinen Blick in die Zukunft. Disruptive Innovationen prägen die technischen Entwicklungen und durchbrechen immer wieder die Malthusianische Falle, die mit der reinen Trendfortschreibung von Problemlagen die Katastrophe schon für sicher erklärt hatte.

Das öffentliche Interesse rückt die Effizienz mehr und mehr in den Mittelpunkt des technischen Fortschritts. Je

grundlegender die Bedürfnisse der Menschen sind, umso eher sind sie bereit zur Bedürfnisbefriedigung Ineffizienzen in Kauf zu nehmen. Mit dem wachsenden Wohlstand wächst die Bedeutung der Nachhaltigkeit der Lösungen für die Bedürfnisbefriedigung und der Betrachtungshorizont (ich, Sippe, Nation, Welt, künftige Generationen, die Schöpfung).

Es spricht viel dafür, dass der weltweite Wohlfahrtsweg und der wachsende Pool an Technologien seit einiger Zeit das Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt haben. Der bereits zitierte Andrew McAfee hat hierzu viele eindrucksvolle Daten gesammelt. Wer hätte zum Beispiel diesseits des Atlantiks geglaubt, dass die gerne als ökologisch ignorant verschrienen USA ihre wachsenden landwirtschaftlichen Ernteerträge schon seit Jahrzehnten auf immer weniger Agrarland erwirtschaften, seit Mitte der 90er Jahre mit rapide sinkendem Kunstdüngereinsatz und zunächst ab Mitte der 70er Jahre mit stagnierendem Wasserverbrauch, der nun seit Anfang der 21. Jahrhunderts zu sinken begonnen hat. Mehr aus weniger.

Die ökologische Nachhaltigkeit wird mehr und mehr zu einem entscheidenden Bedürfnis der Weltbevölkerung. Immer größere Teile der Bevölkerung erfahren durch nachhaltigere Produkte und Produktionen einen merklichen Nutzen. Auf was sonst, als eben darauf, soll sich eine Wirtschaft stürzen, dessen Erfolg ausschließlich vom Nutzen der Verbraucher abhängt. Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln kann in einer Wettbewerbswirtschaft nur erhalten werden, wenn es Nutzen stiftet. **Nachhaltige Nutzennachfrage und Effizienzwettbewerb bewirken zusammen Wachstum mit abnehmendem Ressourcenverbrauch und schrumpfenden Emissionen.** Die angeblichen Grenzen des Wachstums sind überwunden.

» Pessimismus ist die Krankheit eines Zeitalters, das nicht mehr an den Fortschritt zu glauben wagt.«

NORBERT BOLZ

Avantgarde der Angst, 2020

TECHNOLOGIEFEINDLICHKEIT

Wettbewerb und Effizienzstreben treiben den Fortschritt voran, der im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft auf Nachhaltigkeit verpflichtet wird. Fortschritt ist das eingelöste Versprechen der Aufklärung für allgemeine Freiheit und Wohlstand. Fortschritt ist uns seitdem nicht nur zur biologischen, sondern zur Natur des gesamten Gemeinwesens geworden.

Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in demokratischer Verfasstheit sind die Vernunft der Aufklärung. Im nachge- gerade paradoxen Gegensatz dazu steht die Post-Wachstums-Ideologie von Gemeinwohl-Ökonomie, Attac, Extinction Rebellion, Fridays for Future, Ende Gelände, Grüne Jugend, Greenpeace und anderen und deren Technologiefeindlichkeit. Mobilfunkausbau, Gentechnik, jede Art von Atomenergie, Künstliche Intelligenz, Nanotechnik, Carbon Dioxide Capture and Storage (CCS), Stromtrassen usw. werden aus diesen Kreisen massiv bekämpft bis zum gewaltsamen Widerstand (z.B. die organisierte Zerstörung von wissenschaftlichen Versuchsfeldern für grüne Gentechnik). Nicht einmal ökologisch eher anerkannte Technologien sind davor sicher. Ausgerechnet Umweltaktivisten versuchen etwa den Bau der Gigafactory für Elektroautos von Tesla in Brandenburg oder neue Bahnkorridore für den Brenner-Nordzulauf zu verhindern.

Mit der Verteufelung von Wachstum und technologischem Fortschritt schaffen die modernen Maschinenstürmer eine Atmosphäre latenter Gefahr durch Technik. Der Philosoph Hans Jonas, einer der maßgeblichen Denker der Ökobe- wegung, begründet aus einer nicht kalkulierbaren Gefähr- dung von Natur durch Technologien ein starkes Vorsorge- prinzip. »Der endgültige entfesselte Prometheus, dem die Wissenschaft nie gekannte Kräfte und die Wirtschaft den rastlosen Antrieb gibt, ruft nach einer Ethik, die durch die freiwillige Zügel seine Macht davor zurückhält, dem Men- schen zum Unheil zu werden«, lautet das Tabu im ersten Satz von Jonas' Buch »Das Prinzip Verantwortung«. Mit »Vorrang für schlechte Prognosen« müssen erst alle be- gründeten Zweifel – die »vorausgedachte Gefahr« – in Be- zug auf das Risiko neuer technischer Möglichkeiten aus- geräumt werden, bevor man diese Technologien erlaubt. Das heißt: Technik ist erst einmal böse, so lange sie nicht eindeutig das Gegenteil beweisen kann.

Diese Übervorsicht steht übrigens im krassen Gegensatz zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Tech- nikskeptiker. Während die technologische Entwicklung unter Generalverdacht gestellt wird, kann es beim gesell- schaftlichen Wandel angesichts der gegebenen Heraus- forderungen gar nicht schnell genug gehen. Greta Thun- bergs Ausruf »How dare you?« schreit geradezu nach dem Umsturz der ignoranten Demokraten und Unterneh- mer. Nicht wenige aus den Kreisen ihrer Nachfolger, die sofort einen ökologischen Philosophenkönig wählen und eine grüne Planwirtschaft einrichten würden. Ganz ohne Unbedenklichkeitszeugnis, das beides aus schlechten Erfahrungen tatsächlich nicht bekommen würde.

Zurück zum technischen Fortschritt: Die entscheidende Eigenschaft dabei ist nun gerade, dass er vollkommen Neu- es hervorbringt. Tatsächlich wäre ein Prinzip, dass erst alle Zweifel an einer Innovation ausgeräumt werden müssen, das Ende jeden Fortschritts und hätte in der Vergangenheit Meilensteine der Menschheitsgeschichte verhindert.

Nur wenn man Risiken eingeht, kann man tatsächlich Nutzen und negative Effekte von technologischen Ent- wicklungen beurteilen lernen und damit auch die künftige Nutzenbilanz mit Wahrscheinlichkeiten belegen. Karl Popper war es, der uns so eindringlich veranschaulicht hat, dass der Fortschritt der Menschheit auf der deduktiven Methode beruht: Die Kreativität bei der Theoriebildung und Unter- suchung, ob die Hypothesen falsifiziert werden können. Falls nicht, hat man einen Fortschritt gemacht. Mit Ver- such und Irrtum kommt man voran, dazu muss man aber auch erst einmal den Versuch wagen. Das bedeutet nicht sorgloses Voranpreschen, aber es gibt den Machern den Vorrang vor den Mahnern und verlangt Risikobewusstsein statt Risikovermeidung.

Tabus, Denkverbote, Moratorien, Alternativlosigkeitsap- pelle sind unweigerlich kontraproduktiv. Der deutsche Atom-Ausstieg hat dem weltweiten Innovationswettbe- werb wichtige Wettstreiter im Entdeckungsverfahren für Neues genommen und bremst damit den nachhaltigen Fortschritt aus. Mit weniger Technologiefeindlichkeit würden wir heute sehr wahrscheinlich Atomreaktoren der 4. Generation bauen, die mit dem Atom Müll der älteren Generationen betrieben werden (»Schnelle Brüter«), oder Flüssigsalzreaktoren, bei denen eine Kernschmelze ausge- schlossen ist und es mit Thorium reiche noch unerschlos- sene Vorkommen gibt, oder Small Modular Reactors, die

Risiken effizienter eindämmen. Ganz ohne Internalisierung, allein durch Fortschritt könnten wir damit vielleicht eine CO₂-neutrale Energieerzeugung schaffen.

Noch einen Schritt weiter gedacht: Je mehr es uns gelingt – durch kluge Internalisierung und Fortschritt – eine ressourcenschonende und emissionsarme Energieerzeugung zu etablieren, desto mehr verändert sich die Bedeutung von »energieintensiv«. Die Wohlfahrt der Menschheit liegt dann vielleicht gerade darin, mit elektrischer Energie absehbar nicht mehr haushalten zu müssen und sie bewusst intensiv einzusetzen, um zum Beispiel Süßwasser zu erzeugen, reinzuhalten und zu verteilen oder die Bodennutzung durch Farmscrapers zu reduzieren oder In-vitro-Fleisch zu züchten oder Güter überall vor Ort mit 3D-Druckern zu erzeugen. Produkte und Leistungen, die heute noch wegen ihres hohen Energieverbrauchs ein Nischendasein fristen, sind morgen vielleicht die Weltrettungslösungen. Tragisch, wenn nicht darüber nachgedacht werden würde, weil ein hoher Energieverbrauch ein negatives Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanz-Kriterium ist.

Ökologisches Killerkriterium in der Fortschrittsdiskussion ist die Unterstellung, dass der »moderne Mensch« versucht »alles, was er anfasst, in eine maximal produktive

» Jeder Bewohner Europas kann heute die beunruhigenden Zeichen der Verunreinigung, Zerstörung und Bedrohung seiner Umwelt sehen. Die natürliche Umwelt leidet unter der unkontrollierten und wahllosen Nutzung des Raumes und unter der unvernünftigen Ausbeutung der Naturschätze. An vielen Orten ist der Boden der Erosion ausgesetzt, das Wasser für viele seiner Verwendungszwecke unbrauchbar, die Luft gefährlich verschmutzt, das Landschaftsbild verunstaltet, die wildlebende Tierwelt vom Aussterben bedroht, nehmen Abfallprodukte aller Art in steigendem Maße zu und ist das biologische Gleichgewicht zerstört.«

Präambel zur Erklärung der Europäischen Naturschutzkonferenz des Europarates, 1970

Maschine zu verwandeln, ohne die Umgebung dieser Maschine im Blick zu behalten« (Maja Göpel). Abgesehen davon, dass das, wie ausgeführt, bei entsprechender Internalisierung durchaus eine zukunftssträchtige Strategie wäre, stimmt diese Behauptung nicht. Tatsächlich war und ist die Beachtung von Umweltkonsequenzen für den einzelnen wie für Gesellschaften immer nur eine Frage von Wissen und Bewusstsein. Die Vorkriegsgeneration hat – egal ob Unternehmer oder Bürger – seinen Abfall in den Stadtbach entsorgt. Ein Stück weit war das auch nach den Weltkriegen noch allgemein üblich. Aber gewiss nicht aus Profitgier oder rücksichtslosem Expansionsdrang, sondern mangels Problembewusstsein.

Doch das Problembewusstsein wächst natürlich, wenn Konsequenzen deutlich und einsichtig werden. Die Nachhaltigkeitsdefinition des Brundtland-Berichts der UN von 1987, »dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«, war kein Weckruf einer höheren Instanz mit besonders vorausschauendem Wissen. Im Gegenteil, es zeigt wie sich das breite öffentliche Problembewusstsein entwickelt hat, dass es zu dieser Befassung durch die UN und dem daraus resultierenden Weltkonsens kam. Globale Nachhaltigkeit ist heute in vielen Ländern der Welt essentieller Bestandteil des kulturellen Kanons. Man mag bedauern, dass solches Problembewusstsein so lange gedauert hat. In Wirklichkeit ging es sogar sehr schnell, weil wir vor und in den Weltkriegen andere Probleme hatten und zudem noch weniger als ein Drittel der heutigen Weltbevölkerung.

Wir sind also eigentlich ziemlich zügig auf den nachhaltigen Trichter gekommen. Es gibt jedoch jetzt einen entscheidenden Interpretationsunterschied von Nachhaltigkeit. Die einen sehen daraus den Auftrag, Umwelt »natürlich« zu bewahren, die anderen, sie für das menschliche Leben nachhaltig zu verändern. Nachdem aber das menschliche Dasein unweigerlich Umweltveränderung bedeutet, gibt es für menschliches Gemeinwohl eigentlich nur eine relevante Perspektive: Die Umwelt uns nachhaltig anpassen. Die Alternative wäre Schrumpfung von Bevölkerung und Wohlstand so weit bis die Menschheit für die planetare Umwelt nicht mehr relevant ist. Und das will keiner, oder?

SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT

Mit Solidarität und Gerechtigkeit verknüpft die Gemeinwohl-Ökonomie zwei nur oberflächlich passende Begriffe zu einer Wertekategorie. Tatsächlich sind es vollkommen unterschiedliche Abstraktionsebenen und müssen erst einmal auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

SOLIDARITÄT

Solidarität steht sehr konkret für das Selbstverständnis des Menschen als Sozialwesen und der damit verbundenen Notwendigkeit nicht nur sich selbst Nutzen zu verschaffen, sondern darüber auch immer das Wohlergehen des gesamten Gemeinwesens im Auge zu behalten.

Schon für Adam Smith war das Mitempfinden mit den Nächsten nicht nur religiöse, sondern menschliche Selbstverständlichkeit. Die Denker der Sozialen Marktwirtschaft haben es dann ganz konkret in die Wirtschaftsordnung eingebaut, freilich unter der Prämisse, dass zunächst einmal jedem selbst ein Höchstmaß an tatkräftiger eigener Initiative und Selbstversorgung abverlangt wird, damit nicht »jeder die Hand in der Tasche des anderen hat« (Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, 1957). Schließlich ist die Nation von »Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten« der Bürger abhängig. Kein Staat kann Wohlstand mit bloßem Wollen erscheinen lassen und eine fatale Abwärtsspirale droht, wenn man alle Fürsorge verstaatlichen wollte. Jede öffentliche Versicherung nimmt dem einzelnen die Notwendigkeit, dafür selbst Sorge zu tragen, unabhängig davon, ob er es könnte oder nicht. Warum sollte man sich für etwas besonders anstrengen, was ohnehin obligatorisch ist und damit auch gar nicht mehr als Anstrengungsnotwendigkeit bemerkt wird? Nachdem alle öffentliche Absicherung aber erst

durch allgemeine Anstrengungen möglich wurde und ihrer ständig weiter bedarf, beißt sich bald die Schlange in den Schwanz und beginnt sich selbst zu verschlingen.

Solidarität ist also vor allem Bürgerpflicht eines jeden Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Die höchste solidarische Pflicht des Gemeinwesens ist es dementsprechend, alle möglichst gut zu befähigen, für sich selbst sorgen und darüber hinaus Pfründe schaffen zu können, um Bedürftige teilhaben zu lassen. Erst wenn die eigene Verantwortung versagt, setzt die Rückversicherung des Staates, das heißt aller Mitbürger, ein. Wenn man es aus dieser Perspektive betrachtet – wer sich bei dem Zusammenschluss zu einer Gemeinschaft, eigentlich wem verpflichtet hat –, erscheint so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen geradezu absurd; aber das nur am Rande.

CHANCENGERECHTIGKEIT

Aus diesen Überlegungen leitet sich dann auch eine Gerechtigkeit ab, der ein besonderes Augenmerk gelten muss: die Chancengerechtigkeit. Während Gerechtigkeit ein loser Sammelbegriff ist, unter dem man sich alles vom Recht des Stärkeren bis zum Egalitarismus vorstellen kann, haben wir mit Chancengerechtigkeit einen handfesten Anhalt für Gemeinwohl.

Aus den Überlegungen zur »positiven Freiheit« weiter vorne wird klar, dass es originär als Staatsaufgabe verstanden werden muss, dass dem einzelnen die Zufälle seines Lebensweges möglichst wenig zum Nachteil gereichen und jedem Hilfe für ein möglichst selbstbestimmtes, freies Leben angeboten wird.

Dass da dann zum Chance-Geben auch das Chancen-Nehmen-Wollen dazukommen muss, versteht sich von selbst, wird nichtsdestoweniger so gut wie immer unter-

schlagen. In einem freien Staat muss immer jeder einzelne seines eigenen Glückes Schmied bleiben dürfen. Wenn sich aber jemand wissentlich aus den unerlässlichen Gemeinschaftspflichten stiehlt oder den Mitwirkungswillen am Gemeinwesen verweigert, muss er damit leben, dass die öffentliche Solidarität beim sozio-kulturellen Existenzminimum endet.

Chancengerechtigkeit ist damit niemals Chancengleichheit. Chancengleichheit ist eine Horrorvorstellung, die tatsächlich nur mit Zwangsverdummung oder einer allgemeinen staatlichen Konditionierung ab Geburt erreicht werden kann. Das wäre Aldous Huxleys »Schöne neue Welt« in real.

SOZIALE UNTERNEHMENS- VERANTWORTUNG

Solidarität und Chancengerechtigkeit spalten sich also im Wesentlichen auf zwei Trägerschaften auf: Bürger und öffentliche Hand. Neben Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Infrastruktur sind Solidarität und Chancengerechtigkeit die entscheidenden auf Gegenseitigkeit beruhenden Verpflichtungen zwischen den Bürgern und ihrem Gemeinwesen, das sie sich selbst gegeben haben. Die Bürger kommen dem vorzüglich mit Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft sowie Pflichtbewusstsein gegenüber der Gemeinschaft nach und der Staat durch produktive Rahmenbedingungen, Befähigung und Notabsicherung.

Als Bürgerpflichten sind Solidarität und Chancengerechtigkeit selbstredend auch Unternehmerpflichten und im Rahmen der jeweiligen Leistungsfähigkeit vielleicht auch

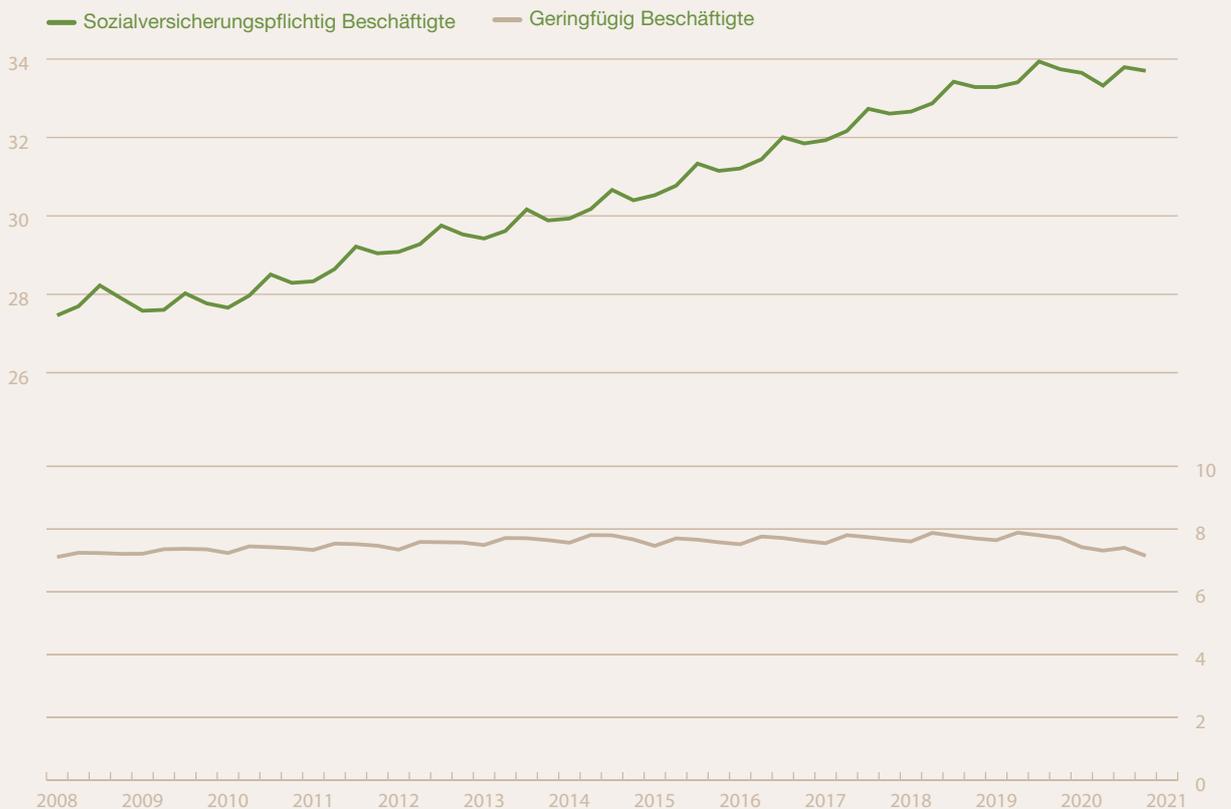
mehr verpflichtend als bei anderen. Dabei muss man allerdings beachten, dass durch die Bereitstellung von Bildung – vom Anlernen über die duale Ausbildung und das duale Studium bis zu betrieblichen Fortbildungen – in den Unternehmen ein ganz erheblicher Beitrag zur Chancengerechtigkeit geleistet wird. Wer sich in der Realität anschaut, wie in so manchen Ausbildungsbetrieben mit den Lehrlingen grundlegend gelernt und geübt werden muss, scheint es manchmal sogar als der entscheidende Beitrag für Chancengerechtigkeit. Freilich alles Leistungen, von denen die Unternehmen selbst auch mit den ausgebildeten Arbeitskräften profitieren können, für die sie aber auch nicht entgolten werden, sondern vielmehr sogar noch Löhne während der Ausbildung zahlen (bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hat nach den Zunftordnungen der Lehrling noch seinem Meister Lehrgeld bezahlt).

Die Verantwortung leistungsfähig zu sein, um sich selbst und die nahe Familie versorgen zu können und um ein nützliches Mitglied eine Gemeinwesens zu sein – Teilnehmer nicht nur Teilhaber –, liegt beim einzelnen Bürger. In einer Gesellschaft freier Menschen ist die Eigenverantwortung der Ausgangspunkt allen Seins. Mit der unternehmerischen Verantwortungsübernahme, der Bereitschaft, Kapital zu investieren und das Marktrisiko einzugehen,

wird die wesentliche Grundlage geschaffen, dass sich alle aus eigener Kraft im Leben bewähren können. Erst die Arbeitsplätze der Güterproduktion ermöglichen es allen Bürgern einen angemessenen, eigenverantwortlichen Beitrag zu den Gemeinschaftspflichten zu leisten. Über die Arbeitsplätze in Unternehmen erwirtschaftet jeder einzelne seinen Broterwerb, nebst Steuern und sozialer Sicherung.

BESCHÄFTIGUNG IN DEUTSCHLAND, JUNI 2021

(Ursprungswerte in Millionen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

UMWERTEILUNG

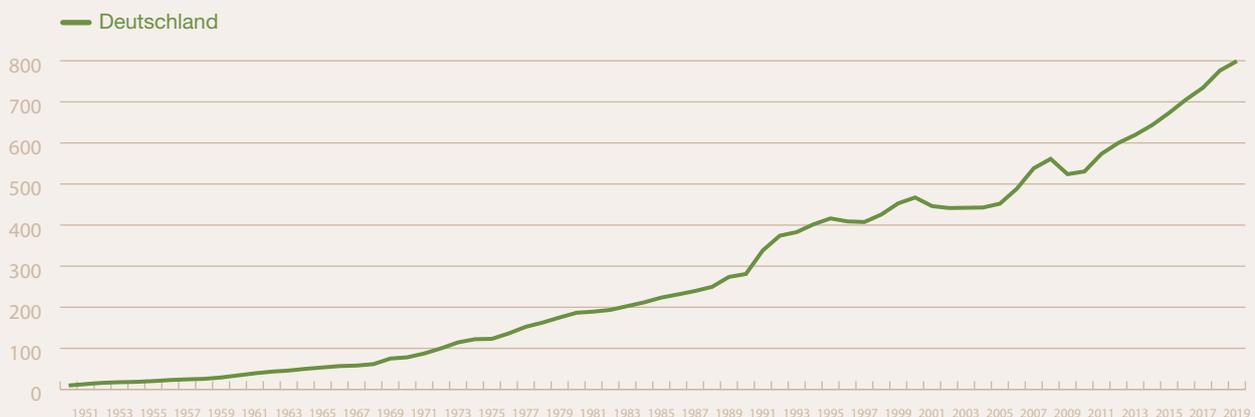
Zusätzlich ist der Ertrag des Unternehmens noch Besteuerungsgegenstand. Zur Einkommenssteuer von Angestellten und Dividendenempfängern, die im Unternehmen erwirtschaftet werden muss, kommen dann noch Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätsbeitrag sowie Umsatzsteuer und andere Verbrauchssteuern auf die produzierten Güter. Mit ganz wenigen Ausnahmen – wie der Hundesteuer – hängt die gesamte staatliche Umverteilung und öffentliche Finanzierung unmittelbar am unternehmerischen Schaffensprozess. Von der Entwicklungshilfe bis zur Verteidigung, von der Kinderkrippe bis zur Altenpflege, von der Grundschule bis zur VHS, vom öffentlichen Hallenbad bis zur Oper, vom Radweg bis zur ICE-Trasse, von der Sozialhilfe für Erwerbsunfähige bis zur Grundabsicherung von Erwerbsunwilligen, von den Verwaltungen über die hauptamtlichen Politiker bis zum Gerichtswesen.

Was will man denn da noch anderes als Gemeinwohlbeitrag von Unternehmen messen oder beurteilen, bilanzieren oder indizieren, wie ihre Ertragskraft und -fähigkeit, an der jetzt schon alles aufgehängt ist?

Ist angesichts der enormen Bedeutung der Unternehmen für die staatliche Umverteilung zur Gemeinwohlsicherung, die knappe Zeit der Unternehmensführung nicht unendlich viel besser in die ertragreiche Produktion nützlicher Güter gesteckt, als wenn sie sich, wie es die Gemeinwohl-Ökonomie will, überlegen und zu messen versuchen, ob und wie stark Arbeitsbedingungen »fortwährend« verbessert werden. Wie ein »lebenswürdiger Verdienst« definiert wird. Oder wie (viel) sich das Unternehmen jenseits von Eigeninteressen noch im Gemeinwesen einbringen kann. Ganz abgesehen davon, dass das alles und viel mehr Unternehmer natürlich sowieso machen, weil sie genau wissen, wie sie ohne zufriedene Mitarbeiter dastehen würden. In der Arbeitsmarktordnung der Sozialen Marktwirtschaft sichert allein schon der Wettbewerb einen ordentlichen Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Und selbstverständlich fördern Unternehmer den örtlichen Fußballverein, das Feuerwehrfest, den Kultursommer, die Rettungshundestaffel, die Stadtkapelle, die Fördervereine von Schulen und Kindertagesstätten und und und. Das natürlich tun sie, wollen es aber nicht messen und wollen nicht gemessen werden. Weil Freiwilligkeit der Witz an einer freien Gesellschaft ist. Wenn Gemeinwilligkeit verbindlich gemacht wird, ist das Volksdiktatur.

KASSENMÄSSIGE STEUEREINNAHMEN IN DEUTSCHLAND, 1950–2019

(Werte in Milliarden Euro)



Wenn Bündnis 90/Die Grünen nach verbindlichen Indikatoren suchen, die soziale und gesellschaftlichen Entwicklung angemessen abbilden, dann sei Ihnen das wachsende Steueraufkommen, insbesondere von der Lohnsteuer getrieben, oder die wachsende Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten und die steigenden realen Haushaltseinkommen als Anhalt empfohlen. Was kann denn die Wirtschaft mehr leisten, als real immer mehr für alle? Und warum sollte man sie an etwas anderem messen, wenn sie das bestens erledigt.

Wenn Attac Deutschland schreibt »Wir wollen Sozialsysteme, die allen die notwendige Daseinsvorsorge gewähren und alle Einkommen gemäß Leistungsfähigkeit zur Finanzierung heranziehen. Auch und gerade die Unternehmensgewinne«, dann muss man sich fragen, in welchen Echo-kammern der Ignoranz man bei Attac schwebt. Glauben die denn wirklich, dass alles Wirtschaften dieser Welt nur für goldene Kloschüsseln in Milliardärs-Villen veranstaltet wird?

Reflexartig wird dann mangels anderer Argumente immer auf die aufklaffende Schere zwischen Arm und Reich hingewiesen – auch bei Präsentationen der Gemeinwohl-Ökonomie stets auf einer der ersten Folien zur Begründung der angeblich fehlenden Solidarität. Immer genauso beleg- wie haltlos und allein durch die tausendfache Wiederholung wird es auch nicht wahrer. Aber man versucht es immer wieder zu konstruieren. Zum Beispiel über Ungleichheiten der Vermögensverteilung, die aber – wie schon ausgeführt – rein gar nichts über das Auskommen der Menschen sagen. Wenn doch, dann nur in positivem Zusammenhang, dass die über Generationen geschaffenen Kapitalstöcke der Familienunternehmer die essentielle Grundlage aller Einkommen bilden. Und auch viele Kapitalgesellschaften blicken auf eine Familienunternehmergeschichte zurück.

Auch Armutsquoten, die relativ zum Medianeinkommen definiert werden, sind mehr eine Schere im Kopf als Solidaritätsindikatoren. Man kann mit der relativen Definition ungeachtet des Niveaus stets immer irgendwie von Armut sprechen. Der Philosoph Peter Sloterdijk spricht heute von einer eigenen Branche der »Mangelanwälte«, deren Geschäft das Erzeugen von »Mangeloptiken« ist, um den historisch beispiellos großen und egalitären Wohlstand schlecht zu reden und den herrschenden »steuerstaatlich

zugreifenden Semisozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage« zum »Dreiviertelsozialismus« auszubauen. So harsche Formulierungen sind nachvollziehbar bei einer Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben von 40 bis 50 Prozent – dem Abgabenkeil zwischen Arbeitskosten und Nettolohn, nach dem dann noch die Verbrauchssteuern zu leisten sind.

Auf den entsprechend unauffälligen Gini-Koeffizienten der realen Einkommensverteilung wurde schon hingewiesen. Aber auch umfassendere Gemeinwohl-Indikatoren zeugen vom überragenden Erfolg unseres Wirtschaftens. Der Inequality-adjusted Human Development Index (IHDI) der Vereinten Nationen berücksichtigt neben dem BIP pro Kopf, auch Bildungschancen und die Lebenserwartung jeweils unter Beachtung der Ungleichverteilung. Deutschland findet sich da regelmäßig unter den Top Ten. Sowohl was Wohlstand als auch die Gleichverteilung des Gemeinwohls betrifft sind wir Spitze auf dieser Welt.

Dementsprechend müssen die Befürworter eines »anders Wirtschaften« die Indikatoren der Solidarität weiter fassen, um ihren Änderungsbedarf zu belegen. Ja bei uns wäre es vielleicht noch halbwegs in Ordnung, aber global würde die Schere zwischen Arm und Reich umso schrecklicher zuschlagen. Wir würden unseren Wohlstand unsolidarisch zu Lasten anderer Länder ausbauen. Die Fakten sehen anders aus: Mit der sich durchsetzenden globalen marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung sind seit Ende des zweiten Weltkrieges die Wohlstandsindikatoren auf der ganzen Welt in Bewegung geraten – mit eindeutigem Trend zum Besseren. Der Zusammenhang von globalem Wohlstand und Marktwirtschaft ist unübersehbar. Wie hatten dazu schon zu Beginn dieser Abhandlung wesentliche Fakten wie Lebenserwartung und BIP pro Kopf aufgezeigt – seit 1800 hat sich die Lebenserwartung verdoppelt und während sich die Weltbevölkerung in dieser Zeit mehr als versiebenfacht hat, wird allerorts ein wachsendes BIP pro Kopf erwirtschaftet.

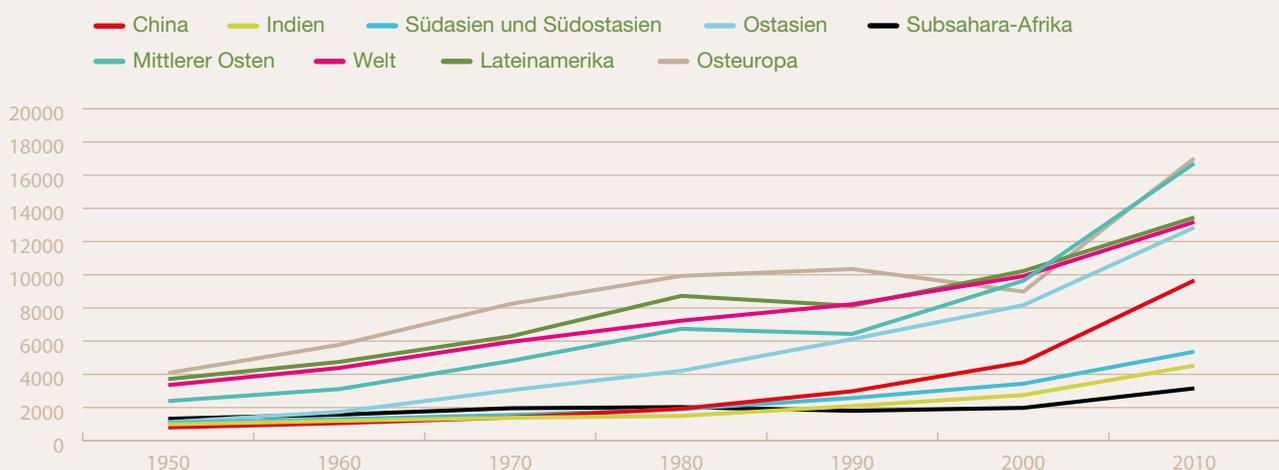
Lose noch ein paar andere globale Gemeinwohl-Indikatoren: 86% aller Kinder weltweit haben heute Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten und Masern. Das ist ein Verdienst von Organisationen wie UNICEF oder der Impfallianz Gavi. Damit aber Impfstoffe überhaupt in die Länder und zu den Menschen kommen können, müssen Infrastruktur, Transportwesen und Stromversorgung für

Kühlketten funktionieren und vor Ort Gesundheitseinrichtungen und geschultes Personal zur Verfügung sein. Ohne die wirtschaftlichen Verbesserungen weltweit die letzten Jahrzehnte wären die Impfungen unmöglich. – Seit 1990 ist die Zahl der Menschen, die Zugang zu Wasser aus Leitungen oder geschützten Quellen haben, von 4 Milliarden auf 6,7 Milliarden (2015) gestiegen, ohne Zugang von 1,2 Milliarden auf 665 Millionen gesunken. – Weltweit nutzten im Januar 2020 4,54 Milliarden Menschen das Internet das sind 59 Prozent der Weltbevölkerung; einen Monat zuvor waren es noch sieben Prozent weniger. – Mobiltelefone haben 5,19 Milliarden Menschen auf der Welt, das sind 67 Prozent der gesamten Bevölkerung. – 1990 hatten 1,51 Milliarden Menschen weltweit keinen Zugang zu Strom, 2019 waren es nur noch 770 Millionen. – 1975 konnte 70 Prozent der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren halbwegs vernünftig Lesen und Schreiben, 2019 waren es 90,5 Prozent. – 1950 haben weltweit Frauen im Durchschnitt fünf Kinder zur Welt gebracht, heute hat sich das halbiert. Eine wichtige Kennzahl für Frauenrechte, Gesundheitswesen, soziale Absicherung und auch für Einkommensverhältnisse: Wohlstand und abnehmende Geburtenzahlen hängen eng zusammen.

Alles Folgen der marktwirtschaftlichen Verflechtung der Welt ausgehend von frühindustrialisierten Ländern wie Deutschland. Alles nichts worauf man sich ausruhen könnte, aber alles auch keine Indizien für eine aufklaffende Schere, die uns aus Solidarität zu einer neuen Wirtschaftsform drängen würde. Ein Maß, das allerdings immer noch besonderen Handlungsbedarf ausdrückt, sind die absoluten Werte der absoluten Armut (alle die pro Tag weniger als 1,90 US-\$ Kaufkraft zur Verfügung haben). Aber man sollte auch hier die positive Entwicklung nicht unterschlagen – laut Weltbank hatten 1981 42 Prozent der Weltbevölkerung weniger als das absolute Existenzminimum, 2017 waren es nur noch 9,2 Prozent bei einer derweilen um zwei Drittel gewachsenen Bevölkerungszahl. Erschreckend hingegen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den weltweiten Handel und die Folgen daraus: »130 Millionen Menschen wurden allein 2020 in Hunger und extreme Armut zurückgeworfen« (Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, Oktober 2020). Zugleich ist das aber ein eindrucksvoller Indikator, wie wichtig die globale Marktwirtschaft für den Wohlstand auf der ganzen Welt ist. Ein Indikator für Solidarität.

WELTWEITES BIP PRO KOPF, 1950–2010

BIP pro Kopf, bereinigt um Preisänderungen im Laufe der Zeit (Inflation) und Preisunterschiede zwischen den Ländern – es wird in internationalen \$-Preisen von 2011 gemessen. (Werte in Dollar)



MENSCHENWÜRDE

Der internationale Handel und weltweite Arbeitsteilung bringen aufgrund absoluter und komparativer Kostenvorteile in einzelnen Nationen für alle Beteiligten Vorteile. Die Wohlstandsgewinne der Länder bedingen sich wechselseitig. Eine Aufwärtsspirale. Für Länder die noch wenig wirtschaftliche Infrastruktur entwickelt und ein niedriges Ausbildungsniveau haben, bietet das die entscheidende Chance aus dem Teufelskreis der Selbstversorgung mit rudimentären Mitteln zu entkommen.

Ein Wohlstandsweg von Entwicklungsländern, der vielleicht Anschubunterstützungen braucht und für den gegebenenfalls auch demokratische und rechtsstaatliche Rahmenbedingungen gestützt werden müssen, der dann aber mehr und mehr Fortschritt mit nationaler Souveränität erlaubt. Ausgehend vom wachsenden Volkseinkommen wird ein positiver Regelkreis der menschlichen Entwicklung in Gang gesetzt. Es steigen Lebenserwartung und Bildung und festigen sich Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. **Der Demokratieforscher Larry Diamond von der Stanford University belegt die folgenden Zusammenhänge:**

- 1.) Wachstum befördert den Wandel zu einer demokratischen Staatsorganisation.
- 2.) Wachstum unterstützt den Erhalt einer demokratischen Staatsorganisation, wenn sie einmal eingerichtet ist.
- 3.) Mit zunehmender demokratischer Freiheit wird das wirtschaftliche Wachstum befeuert.
- 4.) Je stabiler die Demokratie, umso besser die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Handel und arbeitsteilige Wertschöpfungsketten mit Entwicklungsländern sind also per se Prozesse, die der individuellen Menschenwürde in den Partnerländern mehr Geltung verschaffen können. Mehr Globalisierung bedeutet damit mehr Chancen für menschliche Entwicklung und Gemeinwohl in allen beteiligten Ländern. Das darf aber fraglos für die internationalen Handelspartner kein Freibrief für ethische Ignoranz sein.

Vorrangig stehen aber auch hier die Regierungen in der Pflicht, weil ein möglichst guter Überblick über vernetzte Konsequenzen notwendig ist. Mit zwischenstaatlichen Abkommen für Handel und Direktinvestitionen können einerseits Mechanismen eingebaut werden, die sicherstellen, dass die internationale Wettbewerbssituation eine aufkeimende Volkswirtschaft nicht überfordert, und es können ganz konkret garantierte Schutzregeln, zum Beispiel für Arbeitsbedingungen, Sozialstandards oder auch Umweltschutz, als Grundbedingung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart werden

Auch bei der Achtung der Menschenwürde in der globalisierten Wirtschaft spielt also die Ordnungspolitik die maßgebliche Rolle. Den grenzüberschreitend zusammenarbeitenden Unternehmen wird dadurch nicht nur ein Rahmen gesetzt, was erlaubt ist, sondern auch ein Maßstab für die Verhältnismäßigkeit gegeben, wo ethische Grenzen sind, wenn etwas nicht eindeutig geregelt ist. Den Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft sind also weder nationale Grenzen gesetzt, noch müssen sie an unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Entwicklungsstadien scheitern.

Schon Ludwig Erhard hat darauf hingewiesen, dass man in internationalen Beziehungen »Macht« und »Stärke« nicht verwechseln sollte und stellt der »verderblichen Macht« die »ruhige, selbstbewusste und überzeugende Stärke« gegenüber (1961). Handelspolitik ist dementsprechend keine Machtpolitik, denn seine Stärke kann ein Staat auch auf dem level playing field ausspielen. Macht bedeutet Sieger und Verlierer, während die Expansion mit wirtschaftlicher Stärke win-win erzeugt.

FAIRER WELTHANDEL

Der Ordnungsrahmen auf Basis von internationalen Handelsabkommen entbindet den einzelnen Unternehmer allerdings schon allein aufgrund der naturgemäß geringen Regelungstiefe nicht von der ethischen Mitverantwortung. Die Achtung der Menschenwürde ist ohnehin ein unerlässlicher Grundsatz der Handelsmoral des ehrbaren Kaufmanns. Jedoch entlastet der übergeordnete Rahmen den einzelnen von der eigentlich individuell unlösbaren Aufgabe, alle Konsequenzen des eigenen Handelns in einem fernen Land, einer anderen Kultur und bei anderem wirtschaftlichen Entwicklungsstand ergründen bzw. ethisch beurteilen zu können.

Nach welchem Maßstab soll man z.B. Kinderarbeit messen. Es gibt sicherlich eine nicht zu tolerierende Untergrenze der Belastung, was die körperliche und psychische Entwicklung und eine notwendige Chance zur Grundbildung betrifft. Aber dann wird es schnell diffus.

In Deutschland ist das Mindestalter für Kinderarbeit 15 Jahre, in anderen europäischen Ländern liegt es bei 13 oder 14 Jahren; in Spanien oder Österreich dürfen Jugendliche erst ab 16 Jahren arbeiten. Bei der ersten Regulierung hierzulande 1839, dem »Preußischen Regulativ«, ging es darum die Schulpflicht durchzusetzen. Deswegen durften Kinder erst ab dem 10. Lebensjahr arbeiten und nicht mehr als zehn Stunden am Tag, außerdem war ihnen Nachtarbeit und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten – maximal also eine 60-Stunden-Woche. Das Kinderschutzgesetz des Deutschen Reiches verbot dann 1904 die gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahre.

Die UNICEF definiert das Verbot bei Kinderarbeit vernünftigerweise nicht allein am Alter, sondern mit dem Vorliegen von Zwang und Ausbeutung. Das ist sehr einleuchtend, macht aber die Abgrenzung auch nicht leichter. Zum Beispiel wenn man auf Agrarproduktion schaut. Die meisten Kinder arbeiten weltweit in der Landwirtschaft. Das war in bäuerlichen Familienbetrieben auch bei uns selbst nach den Weltkriegen noch vielfach üblich. Wahrscheinlich selten freiwillig, aber wo zieht man die Grenze zwischen Zwang und zumutbarer Notwendigkeit.

Ein verantwortungsbewusster Unternehmer wird selbstverständlich versuchen, sich ein Bild über die Menschenrechtssituation bei seinen Zulieferern zu machen und dann, wenn sein Exportordnungsrahmen keine Regeln dafür hat, nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Aber wie soll sich die Richtigkeit so einer Entscheidung messen oder gar als verbindliches Gemeinwohl-Bilanzkriterium festschreiben lassen? Wie soll jemand einen Maßstab definieren, um »Risiken in der Zulieferkette, bei welchen die Verletzung der Menschenwürde häufig vorkommt«, zu definieren, wie es die Gemeinwohl-Ökonomie bilanzieren möchte. Und hat eigentlich jemand von denen, die das mal so hinschreiben, eine Ahnung, was Zuliefererkette heißt und wie schwierig es ist, diese über den direkten Lieferanten hinaus überhaupt nur in Erfahrung zu bringen, geschweigen denn zu überwachen. Noch dazu abgesehen davon, ob man vor Ort überhaupt ein Recht darauf hat, so etwas zu tun. Und selbst wenn das alles möglich wäre, wie man dann für alle identifizierten Risiken laufend bestimmen soll, ob das jeweils unter »fairen Arbeitsbedingungen« zustande gekommen ist. Was heißt fair, wie oben beschrieben, bei Kinderarbeit? Oder bei Entlohnung, Arbeitszeiten und -bedingungen, Gesundheitsschutz oder Versicherungen. Und last but not least: Ist es wirklich besser, wenn ich eine Zulieferkette durch eine andere ersetze, weil ich die eine nicht für ausreichend fair halte? Ist dann gegebenenfalls gar keine Arbeit für die Betroffenen fairer?

Obwohl eine Abwälzung der Verantwortung vom Staat auf den Unternehmer ethisch nur schwer begründet werden kann, findet sie nichtsdestoweniger statt. Zum Beispiel über das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auf Grundlage der Social Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen. Die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten wird damit auf das gesamte Zuliefernetz des Unternehmers ausgedehnt.

Monitoring-Vereinbarungen zur Überwachung der Menschenrechte im Rahmen von Handelsabkommen und Revisionsmechanismen bei erkannten Verletzungen würden die Verbesserung des weltweiten Schutzes der Menschenwürde sehr wahrscheinlich effizienter bewirken, als dass man die gegebene ethische Unternehmerverantwortung in Haftung umwandelt. In Zukunft wird es beides geben. Keinesfalls kann man aber der Marktwirtschaft und seinen politischen Rahmensetzern vorwerfen, dass das Thema Menschenwürde nicht systematisch berücksichtigt wird.

Wenn die Menschenwürde als Nutzenkategorie aber im marktwirtschaftlichen System integriert ist, braucht man kein neues, anderes System der Gemeinwohlmessung der unternehmerischen Leistung.

Auch bei der Menschenwürde funktionieren die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft tadellos. Mit Ordnungsrahmen und Internalisierung stiften Nutzen- und Profitstreben nachhaltigen und menschenwürdigen Nutzen.

PRODUKTIONSFAKTOR ARBEIT

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung sieht in der Marktwirtschaft aber noch einen anderen Ansatzpunkt, um über Menschenwürde zu reden bzw. auch bei uns Defizite zu unterstellen. Der Mensch soll im Mittelpunkt des Unternehmens gesehen und »nicht als Produktionsfaktor« betrachtet werden. Begriffe wie »Humankapital« werden als Zeichen der Entmenschlichung interpretiert. Dass damit eigentlich das Gegenteil gemeint ist – nämlich das Bekenntnis des Unternehmers zu den Mitarbeitern als originären Erfolgsfaktor –, schert in kapitalismuskritischen Kreisen niemanden; zu schön kann man mit ein paar Andeutungen über »Humankapital« die Anmutung von Menschenhandel erzeugen.

Tatsächlich herrscht aber in einer funktionierenden Marktwirtschaft und in einem auf Chancengerechtigkeit und Bildung bedachten Staatswesen Wettbewerb um das Gros der Arbeitskräfte. Flankiert wird das von Arbeits- und Kündigungsschutzgesetzen, Mindestlohnbestimmungen, Leistungen der öffentlichen Agentur für Arbeit, von der Arbeitslosenversicherung über Vermittlung bis zur Fortbildung, sowie der Tarifautonomie zusammen mit den Rechten von Gewerkschaften und für betriebliche Mitbestimmung. Damit wird in der Sozialen Marktwirtschaft sichergestellt, dass die Arbeitnehmer Vertragspartner auf Augenhöhe der Arbeitgeber sind. Bei manchen erratischen Arbeitsgerichtsentscheidungen möchte man heute eher sogar ein Ungleichgewicht zu Lasten der Betriebe und die Notwendigkeit eines Arbeiterschutzes sehen.

Die Gefahr der Anomalie des Arbeitsangebotes ist in der Sozialen Marktwirtschaft gebannt. Alles andere sollte man dann in einer freien Gesellschaft getrost der Vertragsfreiheit überlassen. Ob das Arbeitsverhältnis dann in einem Fall mehr ein mechanisches, unpersönliches Abarbeiten ist oder im anderen Fall empathisches Teamwork, soll den Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen bleiben. Faktor für die Produktion ist die Arbeit dabei aber in jedem Fall.

Die Idee der unantastbaren Würde des Menschen ist in unserem Verfassungsverständnis die Idee eines freien Staatsbürgers als Souverän des Staates. Wenn die Gemeinwohl-Ökonomie verlangt, dass die Umsetzung von »Menschenwürde am Arbeitsplatz« über den Ordnungsrahmen hinaus verbindlich bilanziert werden soll, greift sie derart in die Autonomie des Einzelnen ein, dass sie eben genau das bewirkt, was sie verhindern will: eine Menschenrechtsverletzung. Solche Forderungen kann nur jemand aufstellen, der den Glauben an individuelle Freiheit und selbstbestimmtes Leben aufgegeben hat. Genau hier findet der Übergang zwischen demokratischer staatlicher Fürsorge und vormundschaftlichem Paternalismus statt.

ETHISCHE KONTROLLFUNKTION FREIER MÄRKTE

Schließlich ist die Ordnung des Wettbewerbs ein unmittelbar in der Kultur und Ethik einer Gesellschaft verwurzelttes Prinzip. Nur weil in marktwirtschaftlichen Modellbetrachtungen der Preis als Knappheits- und Präferenzinformation häufig im Vordergrund steht, heißt das nicht, dass sich alles nur um Geld dreht, auch wenn das immer wieder suggeriert werden soll. Das ist schon für die Modellreduktion falsch und schon gleich gar für die ganzheitliche Betrachtung des Systems. Ausgangspunkt aller marktwirtschaftlichen Prozesse sind die menschlichen Präferenzen in einer Welt von trade-offs (selbst im Modell des »homo oeconomicus«). Man kann nicht alles haben, was man gerne hätte, muss abwägen und Kompromisse eingehen.

In diesen individuellen Präferenzabwägungen als Konsument, als Arbeitnehmer, als Kapitalgeber, als Verpächter oder als Unternehmer spiegeln sich alle Facetten des herrschenden Zeitgeistes. Dementsprechend werden auch »unmoralische Angebote« sanktioniert: Einerseits indem sie nicht angenommen werden und andererseits indem die Wettbewerber auf den jeweiligen Märkten als Kontrollinstanzen fungieren. Wer versucht, sich durch menschenunwürdiges Verhalten Vorteile zu verschaffen, wird unabhängig davon, ob er sich dabei in einem legalen Rahmen bewegt oder nicht, von den Wettbewerbern dafür angeprangert. Die beste Garantie für Menschenwürde ist dementsprechend der funktionierende Wettbewerb. Die Grundeinstellung der Sozialen Marktwirtschaft gegen Kartelle, Monopole und marktbeherrschende Stellungen sowie ohne Markteingriffe zugunsten von Partikularinteressen ist daher zutiefst der Menschenwürde verpflichtet.

Wenn es, egal ob national oder international, im Wirtschaftsgeschehen Vorkommnisse gibt, die nach allgemeinem Dafürhalten als Verstöße gegen die Menschenwürde zu beurteilen sind, dann heißt das nicht, dass Marktwirtschaft ein System ist, das unmoralisches Verhalten begünstigt. Unmoralisches Verhalten Einzelner gibt es immer unabhängig vom System. Die Versuchung, sich zu Lasten anderer Vorteile zu verschaffen, ist bedauerlich aber menschlich. Es ist aber auch nicht unvermeidbar. Über den Wettbewerb in der Marktwirtschaft entstehen checks and balances, die ethischen Opportunismus natürlich einhegen. Je mehr aber Steuerungs- und Beurteilungsinstanzen im Wirtschaftssystem installiert werden, umso anfälliger ist es für die Korruption der Machthaber.

TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG

Das höchste Gut der Menschenwürde ist die individuelle Freiheit – die Zwanglosigkeit genauso wie die sittliche Autonomie inklusive der freiwilligen Freiheitsverzicht für ein demokratisches Gemeinwesen. Die Forderung der Gemeinwohl-Ökonomie nach »Transparenz und Mitentscheidung« als Gemeinwohl-Kriterium widerspricht dem grundlegend.

Das Recht auf Geheimnis und Privatsphäre sind nachgerade der Lackmустest für real existierende Freiheit. Jenseits der notwendigen Regeln des Zusammenlebens ist in einer freien Gesellschaft niemand dem anderen für seine Einstellungen, Meinungen oder Gedanken Rechenschaft schuldig. Die erforderliche Transparenz eines Vertragsverhältnisses ergibt sich aus den im Vertrag geregelten Angelegenheiten. Alles andere ist freiwillig. Irgendeine Bewertung des Unternehmens über dessen Transparenzbereitschaft damit hinfällig.

Was ein Unternehmer an Ideen, Impulsen oder Verantwortungsübernahmen von Mitarbeitern, Partnern und Lieferanten oder Kunden möchte, vereinbart er und darüber hinaus liegt es in seiner Willkür, das fallweise zu akzeptieren oder nicht. So lange es die vertraglichen Vereinbarungen ansonsten nicht berührt, gilt das selbstredend auch umgekehrt. Es ist keinem Mitarbeiter verboten, seinen Chef für einen Trottel zu halten, und ihm trotzdem gute Dienste zu leisten.

Noch weitergehend gilt das für die Mitentscheidung. Entscheidungsbefugnisse werden über freie Verträge geregelt und selbstverständlich werden in der Organisation eines Unternehmens Mitentscheidungsrechte der Mitarbeiter unerlässlich sein. Wie das geregelt wird, darüber entscheidet der, der die Entscheidungsbefugnisse abgibt. Mehr zu fordern, widerspricht nicht nur der individuellen Freiheit, sondern auch den Prinzipien von Risiko und Haftung. Ein Unternehmer kann Entscheidungsbefugnisse delegieren, fordern kann man das von ihm nicht. Wer das Risiko trägt, braucht Entscheidungsfreiheit. So lange es nicht vorsätzlich geschieht, verliert ein Mitarbeiter mit einer falschen Entscheidung schlimmstenfalls seinen Arbeitsplatz. Der Unternehmer riskiert zum Einkommen sein Vermögen und seinen Ruf. Da sind schon die bestehenden Mitbestimmungsrechte eher ethisch fragwürdig.

Wer mitentscheiden will, muss selbst Verantwortung und Haftung übernehmen und selbst ein Unternehmen gründen oder sich an einem beteiligen. Daran ist in Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft niemand gehindert. Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmtheit sind weit vor Gewinnhoffnungen die maßgeblichen Motivationen, sich selbstständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen. Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmtheit sind der Ausgangspunkt des Gemeinwohls. Erstaunlich, dass just Initiativen, die sich dem Gemeinwohl verschrieben nennen, an diesen Grundfesten rütteln.

FAZIT

Nach den Maßstäben, mit denen die Gemeinwohl-Ökonomie ein »ethisches Wirtschaftsmodell« zu definieren sucht, ist die Soziale Marktwirtschaft die ideale Lösung. Die Moral des Tauschhandels von Leistung und Gegenleistung ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt. Gerade der von den Marktkritikern verteilte Wettbewerb ist der entscheidende Faktor, um die Wirtschaftsordnung dem Sozialen zu verpflichten – Wohlstand im weitesten Sinne des Begriffs für alle. Richtiges und falsches Handeln lässt sich nur über das Ergebnis bestimmen. Die Frage nach dem besseren Ergebnis ist Wettbewerb. Wettbewerb ist ein Prinzip der Ethik des Gemeinwohls.

Die von der Gemeinwohl-Ökonomie geforderte »sichtbare Hand« des Marktes in Form einer Bilanzierung von staatlich vorgegebenen Indikatoren würde ein tiefes Wissen über das richtige Wirtschaften voraussetzen. Das wäre ein Wissen in jedem einzelnen Detail weltweit über richtige und falsche Bedürfnisse und Produkte. Ein solches Wissen ist unvorstellbar und zudem nur totalitär durchsetzbar. Die Gemeinwohl-Ökonomie oder ähnliches »anders Wirtschaften« basierend auf einer umfassenden, verpflichtenden Corporate Social Responsibility kann in seinem Endstadium nur eine Gemeinwohl-Diktatur selbsternannter Glaskugelschauer sein.

Im Gegensatz zur Detailsteuerung der Gemeinwohl-Ökonomie setzt die Soziale Marktwirtschaft auf Ordnungspolitik. Die gewachsene Ordnungsethik unseres demokratischen Gemeinwesens baut auf die Freiheit und Verantwortung souveräner Bürger. Die individuelle Freiheit ist das höchste Gut unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jeder einzelne entscheidet für sich, was für ihn ein gelingendes Leben ist. Der Staat ist nicht für die Präferenzen des Einzelnen zuständig. Jeder ist frei, auf dem Markt seinen individuellen Nutzen und Gewinn zu suchen, der staatliche Ordnungsrahmen verhindert, dass gleichzeitig gemeinschaftlicher Nutzen vernichtet wird. Der demokratisch legitimierte Ordnungsrahmen macht die Marktwirtschaft zur Gemeinwohl-Wirtschaft, die wir Soziale Marktwirtschaft nennen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschaftssystem, das bereits bewiesen hat, in Freiheit für Gemeinwohl und Nachhaltigkeit sorgen zu können. Nachhaltiges Gemeinwohl ist der einzige Zweck der Sozialen Markt-

wirtschaft. Wirtschaftswachstum bedeutet Gemeinwohlwachstum. Weltweit. Eine wachsende Bevölkerung hat allerorts zunehmend bessere Lebensbedingungen. Die Ungleichheit auf der Welt nimmt langsam aber stetig ab. Wir brauchen mehr Wachstum.

Mit weltweit wachsendem Wohlstand wächst auch die Bedeutung der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit des Wirtschaftens. Die Sensibilität, negative externe Effekte im Ordnungsrahmen zu berücksichtigen, nimmt seit langem zu. Mit dem Instrument der Internalisierung ist es in der Sozialen Marktwirtschaft systematisch berücksichtigt, die von Wirtschaftsakteuren verursachten gesellschaftlichen Probleme adäquat ins marktwirtschaftliche Kostenkalkül einzubringen, ohne dass Lösungen bereits bekannt sind. Das marktwirtschaftliche Entdeckungsverfahren öffnet neue Horizonte. Die Internalisierung negativer externer Effekte ist neben dem grundsätzlichen Effizienzstreben in der Marktwirtschaft und technologischem Fortschritt das ausschlaggebende Instrument für Nachhaltigkeit.

Wir können unsere Umwelt nicht nicht verändern. Es gab nie eine unberührte Natur. Die menschliche Zukunft hängt immer von der Gestaltung der Umwelt und von ihrer Anpassungsfähigkeit an weiter Unvorhersehbares ab. Nachhaltigkeit ist dementsprechend die ergebnisoffene Behauptungsfähigkeit des Menschen in seiner Umwelt. Zugespitzt gesagt: Vor der Marktwirtschaft lebten wir nicht im Einklang mit der Natur, wir starben im Einklang mit der Natur. Die Ausbreitung der Marktwirtschaft ist der ausschlaggebende Faktor für die weltweite Zunahme von Gemeinwohl einer weltweit weiter wachsenden Bevölkerung.

Wer anders wirtschaften und eine neue Wirtschaftsordnung einführen will, muss belegen, wie damit tatsächlich und nachvollziehbar ein Mehr an Gemeinwohl geschaffen werden kann. Politische Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlbehauptungen ohne nur immerhin plausible volkswirtschaftliche Folgenabschätzungen bleiben Etikettenschwindel.

LITERATURVERZEICHNIS

- Attac, 2003. Genug für alle (Grundsatzpapier, <https://www.grundeinkommen-attac.de/>)
- Bolz, Norbert, 2020. Avantgarde der Angst
- Bündnis 90/Die Grünen, 2020. »... zu achten und zu schützen ...« Veränderung schafft Halt. (Grundsatzprogramm)
- Diamond, Larry, 2013. Democratic Development (Lecture Slides Stanford University Coursera MOOC)
- Die Familienunternehmer e.V., 2019. Verantwortungsvolles Wirtschaften – die Werte der Familienunternehmer
- Die Familienunternehmer e.V., 2020. European Green Deal. Eine kritische Bewertung
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, 2013. Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft (Schlussbericht)
- Erhard, Ludwig bei Hohmann, Karl (Hrsg.), 1988. Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften (im Text Zitat von 1961)
- Erhard, Ludwig, 1957. Wohlstand für alle
- Erhard, Ludwig, 1962. Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft
- Eucken, Walter, 1952. Grundsätze der Wirtschaftspolitik
- Europarat, 1970. Deklaration zum Europäischen Naturschutzjahr 1970
- Extinction Rebellion, 2021. Prinzipien und Werte (<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/prinzipien-und-werte/>) & Unsere Forderungen (<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/>)
- Felber, Christian, 2012. Gemeinwohl-Ökonomie (Erweiterte Neuauflage)
- Galler, Franz, 2019. Gemeinwohl-Ökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft (Präsentation Gemeinwohl-Ökonomie, GWÖ-Regionalgruppe Südostbayern)
- Gapminder Foundation, 2021. Bubble chart (<https://www.gapminder.org/tools/>)
- Gemeinwohl-Ökonomie, 2021. Idee & Vision (<https://web.ecogood.org/de/idee-vision/>)
- Gemeinwohl-Ökonomie, Matrix Entwicklungsteam (Hrsg.), 2017. Arbeitsbuch zur Gemeinwohl-Bilanz 5.0 kompakt
- Göpel, Maja, 2020. Unsere Welt neu denken. Eine Einladung
- Hayek, Friedrich A. von, 1969. Freiburger Studien
- Hayek, Friedrich A., 1969. Die Anmaßung von Wissen
- Hayek, Friedrich A., 1973. Recht, Gesetz und Freiheit
- HHL Leipzig Graduate School of Management in Kooperation mit dem Center for Leadership and Values in Society der Universität St.Gallen, 2020. GemeinwohlAtlas (<https://www.gemeinwohlatlas.de/>)
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), 2017. Vermögenstverteilung – Vorurteilen auf der Spur
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. für die Stiftung Familienunternehmen, 2021. Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung
- Jonas, Hans, 1979. Das Prinzip Verantwortung
- Klimaliste Baden-Württemberg, 2020. Grundsatzprogramm (Fassung vom 20.09.2020)
- Ludwig-Erhard-Stiftung, 2020. Klimaschutz & Marktwirtschaft
- Maslow, Abraham, 1971. The Farther Reaches of Human Nature
- McAfee, Andrew, 2020. mehr aus weniger. Die überraschende Geschichte, wie wir mit weniger Ressourcen zu mehr Wachstum und Wohlstand gekommen sind und wie wir jetzt unseren Planeten retten
- Mises, Ludwig von, 1940. Nationalökonomie
- Noll, Bernd, 2013. Wirtschafts- und Unternehmensethik in der Marktwirtschaft (2. aktualisierte und überarbeitete Auflage)
- Popper, Karl, 1957. Die offene Gesellschaft und ihre Feinde
- Röpke, Wilhelm, 1956. Wirtschaftsethik heute
- Rosling, Hans (mit Anna Rosling-Rönnlund und Ola Rosling), 2018. Factfulness. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist
- Schumpeter, Josef A., 1947. Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie
- Sinn, Hans-Werner, 2009. Kasinokapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist
- Sloterdijk, Peter, 2004. Sphären. Plurale Sphärologie: Band III: Schäume
- Smith Adam, 1776. Der Wohlstand der Nationen
- Vereinte Nationen (United Nations Development Programme), 2020. Human Development Report 2020
- Vereinte Nationen, 2016. Ziele für nachhaltige Entwicklung (<https://unric.org/de/17ziele/>)
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission), 1987. Unsere gemeinsame Zukunft

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

www.familienunternehmer.eu

kontakt@familienunternehmer.eu

 <https://www.facebook.com/DieFamilienunternehmer>

 <https://twitter.com/FamUnt>